

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 85 Pf. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 51

Sonnabend, den 21. Dezember

1913

Ausnahmegesetzliche Vorbereitungen.

Wenn man's so hört, könnt's leidlich scheinen — nämlich, der Reichskanzler bei der Staatsberatung auf das Drängen des Junkers v. Westarp nach einem Ausnahmegesetz diese Humutung in verlauspierten Redewendungen ablehnte. Aber wenn auch der Reichskanzler diese Ablehnung mit der Unmöglichkeit begründete, der Revision des Strafgesetzbuchs eine Bestimmung zu finden, die den Bohlott zu verhindern imstande wäre, so betonte er doch, daß die gegenwärtigen Zustände, das stärkere Hervortreten des wirtschaftlichen Terrorismus und die Zunahme der Härte der Klassenkämpfe ein beschleunigtes Eingreifen erwünscht erscheinen ließen.

Dabei konnte der Reichskanzler jedoch selbst kein Mittel angeben, das gegen diese Entwicklung des Klassenkampfes wirksam wäre oder er verschwieg wohlweislich, wie sich die Regierung ein Eingreifen vorstellt. Sein Appell an das Volksempfinden, das sich gegen den wirtschaftlichen Bohlott wenden müsse, ist nichts, als eine Phrase, denn der Bohlott ist in gewissen Formen gesetzlich zulässig. Uebrigens würde er trotz aller schärferen gesetzlichen Bestimmungen neue Formen finden und der Effekt wäre gleich Null.

Durch all die Redewendungen für die Ablehnung eines Ausnahmegesetzes werden sich die Arbeiter jedoch nicht einzulassen lassen. Zumal der Reichskanzler auffallend einseitig hervorhob, daß viele wirtschaftliche Vereinigungen des Unternehmertums, und selbst der Hansabund, schwere Klagen über den Terrorismus der Arbeiter geführt hätten und ein behördliches resp. gesetzliches Eingreifen verlangten. Außerdem gab er bekannt, daß im Reichsamt des Innern daran gearbeitet werde, eine umfassende Darstellung der Zustände zu geben. Das heißt also, daß man in der Regierung dauernd bemüht ist, eine passende Grundlage für ein Vor-gehen gegen die Arbeiter zu schaffen.

Das zwingt selbstverständlich die Arbeiter, auf ihrer Hut zu sein. Im gegebenen Moment wird man mit einer Wulst von sogenanntem Material hervorbrechen, um dann in beschleunigtem Tempo ausnahmegesetzliche Bestimmungen zu treffen oder an schärfere behördliche Maßnahmen zu denken. Wir denken dabei namentlich an das Verlangen des Hansabundes nach einer Instruktion an die Behörden, schärfere einzutreten und nach beschleunigtem gerichtlichem Verfahren.

Sollte das Letztere eintreten — und die Erklärungen des Reichskanzlers schließen ein derartiges Vorgehen der Regierung nicht aus — dann werden besonders die freien Gewerkschaften Gegenmaßnahmen zu treffen haben. Sie müssen nach unserer Ansicht jetzt schon diese Möglichkeit in den Kreis ihrer Betrachtung und Beratung ziehen, damit sie nicht etwa überrascht werden. Denn die Scharfmacher ziehen im Lande umher und hezen unaufhörlich gegen die Arbeiter und werden dabei von einer Menschlichkeit und Gerechtigkeit mit. Führen tretenden Presse unterstützt. Und selbst die Vertreter des Ausbeutertums im Reichstage warten sehnlichst auf den Augenblick, der die schärfere Knebelung der Arbeiter ermöglicht, wenn sie auch durch die gegenwärtig ihnen nicht gerade günstige Stimmung sich gedämpft fühlen.

Es ist ein Glück für die Arbeiter, daß eine starke sozialdemokratische Fraktion im Reichstage, hinter der 4½ Millionen Wähler stehen, ihre Interessen vertritt und mit gesteigerter Kraft den Kampf gegen die Ausbeuter und Unterdrücker führt. Ohne sie glaubten die Gegner leichter mit den Arbeitern fertig zu werden. Es ist ein Glück, daß 2½ Millionen Arbeiter ihre Pflicht, sich gewerkschaftlich zu organisieren, erkannt haben. Nur muß dahin gewirkt werden, daß von der noch größeren Zahl der Unorganisierten diese Pflicht ebenfalls erkannt wird.

Die Stärke der Gewerkschaften bietet die Gewähr dafür, daß die Unorganisierten nicht zum Kampfe gegen ihre Mitarbeiter missbraucht werden. Gelänge es, durch die nationalen und gelben Arbeitervereine den Gewerkschaften ein Paroli zu bieten, dann würden ihre Prototypen, die Ausbeuter und Unterdrücker, den Missbrauch bis zum brutalsten zerstreichenden Kampf zwischen Arbeitern treiben. Schlimm genug, daß sich Arbeiter in ihrer Unwissenheit überhaupt so herabdrücken und entwürdigen und ihren eigenen bedrückten Klassenbrüder entgegenstellen lassen. Diesem infamen Missbrauch betörter Arbeiter muß mit allen Mitteln entgegengewirkt werden. Je besser dies gelingt, um so mehr wird den Scharfmachern der Boden entzogen. Auch den stillen, aber eisigen Vorbereitungen, die im Reichsamt des Innern zu einem Schlag gegen die Arbeiter getroffen werden, wird dadurch entgegengewirkt.

Ginge es nach den preußischen Junkern, dann müßte die Regierung gegen die Arbeiter vorgehen, wie die Doulants in Bayern gegen das „Zivilpact“. Schreit das Volk nach Brot, dann ist es nach der Junkermaut am besten

mit „blauen Bohnen“ abzufüttern, und das Verlangen nach Erweiterung und Schutz der sowieso geringen Arbeiterrichte muß mit dem Polizeiabiel zurückgewiesen werden. Wo solche Ansichten vorherrschen, da müssen die Hungenden, die Ausgebeuteten und Bedrohten Vorsorge treffen, sich selbst zu schützen. Die beste Antwort auf die Vorbereitungen der Regierung zum Kampf gegen die Arbeiter ist die festere Zusammenschließung der Arbeiter, die Stärkung ihrer Organisationen. Darm mag kommen, was will.

Fürsorge für Wanderarme.

Raum hat der Staatssekretär des Innern, Dr. Debrück, die durch die sozialdemokratische Interpellation geforderte Arbeitslosenfürsorge abgelehnt, da läßt er auf Umwegen einen sozialpolitischen Gesetzentwurf bekannt geben, der die Sozialpolitik der Regierung drastisch kennzeichnet. Im Reichsamt des Innern sind zur Fürsorge für arme Wanderer sogar zwei Gesetzentwürfe fertiggestellt worden, ein Wanderfürsorgegesetz und ein Gesetz zur Abänderung des Unterstüzungswesens.

Diese beiden Entwürfe sind zunächst den Leitern und Protektoren der Arbeitskolonien zugängig gemacht worden, durch die jetzt der Wortlaut bekannt wird. Danach ist diese großartige Wanderfürsorge nichts als eine andere Regelung der Armenunterstützung und eine Erweiterung der Arbeitskolonien, sowie eine Vermehrung der Straf-Arbeitshäuser. Zum Zwecke der Durchsetzung dieser Pläne scheidet die Regierung die wandernden Arbeiter nach polizeilichen Begriffen in drei Kategorien: Die Arbeitsfähigen, die Arbeitsunfähigen und die Arbeitschönen.

Die wichtigste der drei Kategorien ist die der Arbeitsfähigen, die nach ihrer Zahl die größte, in der Zeit einer Krise, wie gegenwärtig, sogar eine sehr große ist. Deshalb wurde in der sozialdemokratischen Interpellation eine Reichsversicherung für Arbeitslose verlangt, aber von der Regierung abgelehnt. Es ist nun sehr interessant, zu sehen, wie sich die Regierung den Auschein gibt, als wolle sie für diese Kategorie etwas tun. Wir drücken deshalb den Wortlaut des Wanderfürsorgegesetzes hier ab, auch, um seine völlige Wirkungslosigkeit hier darzutun. Es steht folgendes fest:

§ 1. Die Fürsorge für mittellose, arbeitsfähige, mindestens 16 Jahre alte männliche Personen, die unter Einhaltung der Wanderordnung (§ 8) untergezogen und Arbeit suchen (Wanderer), geschieht durch Arbeitsvermittlung oder durch Arbeitsgewährung in Arbeitsstätten und Arbeitsheimen.

§ 2. Arbeitsstätten haben die Aufgabe, Wanderern, denen eine Arbeitsstelle nicht alsbald vermittelt werden kann, vorübergehend gegen Arbeitsleistung Befreiung und Obdach zu gewähren.

§ 3. Arbeitsheime haben die Aufnahme Wanderern, denen durch die Arbeitsstätten eine Arbeitsstelle nicht verschafft werden kann, für längere Zeit gegen Arbeitsleistung Lohn und Unterhalt zu gewähren.

§ 4. Arbeitsstätten und Arbeitsheime sind zur Vermittlung von Arbeitsstellen an Wanderer mit Arbeitsnachweisen auszustatten oder an öffentliche Arbeitsnachweistellen anzugeben.

§ 5. Kein Wanderer hat einen Rechtsanspruch auf Arbeitsvermittlung oder Aufnahme in eine Arbeitsstätte oder ein Arbeitsheim.

§ 6. Die Wanderfürsorge einschließlich der Gewährung der notwendigen Kleidung und der Beförderung in eine Arbeitsstelle oder ein Arbeitsheim gilt auch insoweit nicht als öffentliche Armenunterstützung, als sie den Wert der von dem Wanderer geleisteten Arbeit übersteigt.

Der Eintritt in eine Arbeitsstätte oder in ein Arbeitsheim gilt dem Eintritt in eine „Bewahranstalt“ im Sinne des Unterstüzungswohnsitzes gleich.

Der Ort, an dem sich eine Arbeitsstätte oder ein Arbeitsheim befindet, gilt hinsichtlich der darin aufgenommenen Wanderer nicht als „Dienst- oder Arbeitsort“ im Sinne des vorbenannten Gesetzes.

§ 7. In jedem Bundesstaate sind Arbeitsstätten und Arbeitsheime zu errichten, sofern nicht die Benutzung entsprechender Einrichtungen eines Nachbarstaates sichergestellt ist. Die Bundesstaaten können, soweit sie nicht selbst die Einrichtung und Unterhaltung von Arbeitsstätten und Arbeitsheimen übernehmen, diese Aufgabe ganz oder teilweise auf ihre öffentlich-rechtlichen Verbände übertragen, sowie es diesen überlassen, sich dabei der Mitwirkung Dritter zu bedienen.

Soweit auf Grund Landesgesetzes oder landesrechtlichen Anordnung oder infolge Vereinbarung Fürsorgeeinrichtungen für Wanderer vorhanden sind, welche den Erfordernissen dieses Gesetzes entsprechen, finden auf sie, wenn durch Landesgesetz nichts anderes bestimmt wird, die Vorschriften dieses Gesetzes Anwendung.

§ 8. Die allgemeinen Grundsätze über die Einrichtung und Unterhaltung von Arbeitsstätten und Arbeitsheimen, über die Wanderstrafen- und Wanderpapiere (Wanderordnung) bestimmt der Bundesrat.

Die sonst zur Ausführung erforderlichen Bestimmungen sind von der obersten Landesverwaltungsbörse zu erlassen.

Bürgerliche Blätter bezeichnen die Veränderungen, die nach diesen Bestimmungen eintreten, als sehr wichtige. Wir können dieser Ansicht nicht beitreten. Man muß sich nur erinnern, wie einst bei Schaffung der Arbeitskolonien alle Sozialquasialber, private wie behördliche, die Arbeitskolonien als ein wirksames, ja als ein Heilmittel gegen die Arbeitslosigkeit bezeichneten, und wie die Regierungen, die den Arbeitskolonien staatliche Mittel zuwenden, prahlten, damit mehr positive soziale Fürsorge für die Arbeiter bewiesen zu haben, als alle Arbeiterorganisationen zusammengekommen. Das war in der sozialistengesetzlichen Zeit. Seitdem hat sich das ständig erhöhte Heer der Arbeitslosen von Jahr zu Jahr vermehrt. Die kapitalistische Produktion schafft dieses ständige Heer von Arbeitslosen, dem sie in der Zeit der Krise ein noch größeres Heer entlassen Arbeiter hinzufügt.

Augenommen, die Reichsregierung wollte durch ihre neuen Gesetzentwürfe das ständig erhöhte Heer der Arbeitslosen verringern, so hat die Erfahrung erwiesen, daß durch die Arbeitskolonien, Arbeitsstätten, Arbeiterheime und dergleichen der Zweck nicht erreicht worden ist, denn trotz der Vermehrung der Arbeitskolonien ist doch das ständige Heer der Arbeitslosen gewachsen — es sind dauernd mehr Arbeiter arbeitslos als früher.

Doch, es ist gar nicht die Absicht der Regierung, die Arbeitslosigkeit einzuziehen, zu verringern. Dazu bedurfte es tief eingreifender Maßnahmen in die gesamte Produktion, Maßnahmen, die vom Unternehmertum sofort als sozialistische erkannt werden würden. Dazu gibt sich die Regierung als Vertreterin des kapitalistischen Staates nicht her. Sie würde sich in Widerspruch mit ihrer eigenen kapitalistischen Praxis in den Staatsbetrieben sehen, denn auch die Staatsbetriebe stellen einen ansehnlichen Teil von Arbeitern in der Zeit der Krise frei und vermehren das Heer der Arbeitslosen. Aus rein kapitalistischen Gründen lehnt daher die Regierung die Versicherung der Arbeitslosen durch Reichsgesetz ab. Und da sollte sie glauben, durch ein Wanderfürsorgegesetz der Arbeitslosigkeit steuern zu können? Wieviel neue Arbeiterkolonien, Arbeitsstätten usw. müßten dann geschaffen werden? Wer soll sie schaffen und woher sollten die Mittel genommen werden? —

Schon der Ausdruck „Wanderarmer“ zeigt, daß nur eine dürftige Einrichtung für Unterbringung solcher Arbeiter getroffen werden soll, die von der Arbeit ausgeschlossen werden, weil sie den Unternehmern zu alt, halb invalid — kurz, nicht mehr ergiebig genug sind bei der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft. Und da bleibt es im Grunde trotz der neuen Bestimmungen bei den althergebrachten Einrichtungen der Straf-Arbeitshäuser, der Armenunterstützung und der Arbeitskolonien, je nachdem die Unterzubringenden in Arbeitsfähige, Arbeitsunfähige oder Arbeitschöne geschieden werden. Diese Scheidung in die drei Kategorien wird schon nicht leicht werden und nicht immer zutreffend sein. Wird doch meist polizeiliche Entscheidung diese Scheidung besorgen.

Die Änderung des Gesetzes über den Unterstüzungswohnsitz stellt sich als ein neuer Paragraph 30a folgenden Wortlauts dar:

Wird eine Person, die arbeitslos das Land durchzieht, hilfsbedürftig (Wanderarmer), so ist derjenige Landarmenverband zur Erstattung der durch die Unterstüzung erlangten Kosten verpflichtet, in dessen Bezirk die Person sich beim Eintritt der Hilfsbedürftigkeit befindet, sofern nicht nach § 20 der Ortsarmenverband des Dienst- oder Arbeitsortes die Kosten zu tragen hat.

Die Landarmenverbände sind befugt, mit Genehmigung der obersten Landesverwaltungsbehörde Bestimmungen darüber zu erlassen, unter welchen Bedingungen und in welcher Weise die von ihnen genannte Försorge zu erstaatlichen Unterstützungen seitens der Ortsarmenverbände zu gewähren sind, auch die Unterstüzung von Wanderarmen selbst zu übernehmen oder sich bei der Unterstüzung der Wirkung Dritter zu bedienen.

Mag durch all diese Bestimmungen eine Milderung des Loses der „Wanderarmer“ beabsichtigt sein, sie bleiben dennoch ein armeloses Flüchtling gegenüber dem durch den Kapitalismus immer höher getürmten Elend. Denn selbst die Arbeitschönen ist ein durch die unspeziale kapitalistische Wirtschaft erzeugtes Leben; sie gibt sich nicht die geringste Mühe, nicht vollwertige Kräfte an die richtige Stätte zu bringen, wo sie der menschlichen Gesellschaft immer noch von Nutzen sein können. Und das wird so bleiben, so lange diese Wirtschaft noch besteht. Daran ändert soziale Quasialber nicht das mindeste.

Reichstagsbrief.

Die Militärdiktatur, die im Falle Babsen einmal ihr Untergang eingehüllte, hat dafür gesorgt, daß die Staatsdebatte im Reichstag überhaupt sich um die absolutistischen Neigungen der Dynastie und der sie stützenden Junker dreht. Gernsche Schmidt hält als erster Redner eine Abrechnung mit der Regierung resp. mit dem

für die Regierung verantwortlichen Reichskanzler, die diesen in tödliche Verlegenheit setzte. Seine Antwort darauf war ebenso unbeholfen, wie die auf die Interpellation über Bayern, wenn er auch einen mißlungenen Versuch machte, die bürgerlichen Parteien, die das Misstrauensvotum mit beschlossen hatten, zu beschwichtigen.

In der Tat füllten auch die Nationalliberalen sofort um. Der Abg. Wassermann kam dem Reichskanzler mit einer Süßholzrasperei über die auswärtige Politik zu Hilfe, und auch der Befürworter Spahn befleißigte sich, die schwächliche Haltung des Reichskanzlers gegenüber der Militärdiktatur vergessen zu machen. Dafür wurden sie vom zweiten sozialdemokratischen Redner, Gessner Hoche, energisch an ihre Pflicht erinnert, die Ehre und das Recht des Reichstages zu wahren durch das konsequente Verlangen, von der Regierung volle Rechenschaft für ihre Verfehlungen zu fordern, andernfalls, wie schon Scheidemann verlangt hatte, der Regierung den Etat nicht zu bewilligen. Dazu konnten sich die bürgerlichen Schwächlinge nicht verstehen, vielmehr zogen sie einen dicken Trennungsstrich zwischen sich und die Sozialdemokratie.

Zwei Umstände veranlaßten sie jedoch, binnen zweimal vierundzwanzig Stunden ihre Taktik abermals zu ändern und der Regierung aufs neue ihres Misstrauens zu versichern. Für das Bontrum besorgte das der schwäbische Parlamentarier, Abg. Erzberger, für die Nationalliberalen der Abg. Wassermann. Beide schlugen wieder die Türe an, die Fehrenbach und v. Caltek in voller Entrüstung der Regierung entgegen geschleudert hatten.

Einmal gab ihnen dazu Ursache eine Rede des Junkers v. Westarp, der hochmütig und verächtlich über das Misstrauensvotum spottete, es als Material für den Papierkorb bezeichnete und ein Loblied auf die militärische Überhebung sang. Das ging selbst den mit den Blauen sonst verbrüdereten Schwarzen an die Nieren.

Außerdem aber hatte der Unfall des Zentrums und der Nationalliberalen einen äußerst ungünstigen Eindruck in der Öffentlichkeit gemacht, so daß beide Parteien sich nun gebärdeten, als ob sie gar nicht daran gedacht hätten, das Misstrauensvotum abzuschwächen.

Der Reichskanzler, der selbst schon dem Misstrauensvotum die ihm innewohnende Bedeutung durch eine unzutreffende Auslegung der Geschäftsaufgabe zu nehmung gesucht hatte, machte ein langes Gesicht, als die Vorwürfe der bürgerlichen Redner, auch der fortschrittlichen, sich wiederum über ihn ergossen, denn er hatte vorher gespottet, daß die sozialdemokratische Fraktion nun isoliert sei. Natürlich gaben ihm die sozialdemokratischen Redner, als letzter Genosse Davids, den Spott reichlich zurück, da ja nur 54 Abgeordnete nicht für das Misstrauensvotum gestimmt hatten und hinter der Sozialdemokratie allein über vier Millionen Wähler stehen.

Und so blieb es dann dabei, daß die Regierung resp. der Reichskanzler am Ende der Etatsdebatte mit einer neuen schweren Schlappe abzog. Er hatte sich dafür zu rächen gesucht, daß er auf eine Anzapfung des Junkers Westarp über Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie sich aussprach. (Siehe Leitartikel.) Iwar lehnte er es ab, Ausnahmegerüste gegen sozialdemokratische Arbeiter vorzulegen, weil er, wie er früher einmal sagte, dafür keine Mehrheit im Reichstag finden würde, aber er meinte, es müsse etwas getan werden, und es werde siezig daran gearbeitet, etwas zu tun. Im Reichsamt des Innern wird festes Material zusammengetragen, das die Sozialdemokratie reif für den Galgen erscheinen lassen soll. Vorerst soll der "Streitkrieg" als Aushängeschild dienen; dann wird der Boykott als schärfstes Verbrechen hingemalt, und dann werden allerhand Schändlichkeiten das übrige besorgen. Der Hansabund soll dann Gevatter stehen, wenn der Wechselbalg von Denkschrift oder Schandchrift, oder wie das Ding sonst heißen soll, aus der Taufe gehoben wird. Die Arbeiter aber werden ihm dann wohl — die Hosen anspannen!

Das Gruseligmachen vor der Sozialdemokratie hatte aber nicht den gewünschten Eindruck und so mußten denn die beiden Junker, der Reichskanzler und Westarp, mit verbrossener Miene abziehen. So wurden also in dieser ersten Etatsberatung hauptsächlich Machtfragen verhandelt, hinter denen alles andere verschwand, höchstens daß die braunschweigische Machtfrage, d. h. die neue Chronik noch ein mehr heiteres Zwischenspiel bot, bei dem die Genossen Davids und Wolfs die treffendsten Worte fanden, indem sie die ganze Affäre als eine nicht mehr zeitgemäße behandelten.

Nach der Etatsberatung, die am Freitag schloß, wurde die Beratung der sozialdemokratischen Interpellation über die Kommission für Rüstungswesen vorgenommen. Hierbei wurde aufs neue die Maßtrage aufgezogen. Die Regierung hatte den einzelnen Fraktionen zugesagt, daß sie die von ihnen vorgeschlagenen Abgeordneten als Mitglieder der Kommission akzeptieren werde. Als aber die sozialdemokratische Fraktion die Abg. Wassermann und Wolfs vorschlug, lehnte die Regierung Viehnecht ab. Für diese Missachtung der sozialdemokratischen Fraktion und der dem Reichstag gegebenen Befehl ging Genosse Weder mit der Regierung schriftlich ins Gericht. Auch der Fortschrittsler Gothein rügte, daß die Regierung ihre Zusage nicht gehalten habe.

Der stellvertretende Reichskanzler, Staatssekretär Debuss, kam bei diesem Rekontakt stark ins Gedränge, seine Rechtfertigungsversuche wurden vom Genossen Noske scharf gekennzeichnet. Da die Abg. Schiffert, nationalliberal, und v. Gamper, Reichspartei, auf den Krupp-Prozeß zurückkamen und die Firma Krupp in Schutznahmen, hielt ihnen Noske alle die freundlichen Gaben unter die Nase, die die Firma Krupp unter den verschiedensten Formen an Militärs und Regierungsvertreter gelangen ließ, auch daß der Marineminister eine Million Mark zu einer Stiftung von der Firma erhalten habe. Noske meinte, es sei nur eine Kleinigkeit von dem, was Krupp vom Reiche genommen habe. Nach der Auseinandersetzung ging der Reichstag in die Ferien.

Rundschau.

Auf allerhöchsten Befehl der Scharfmacher! Nach dem "Bayerischen Courier" sind die Vorbereitungen zu einem Arbeitswilligen schulgesetz im Reichsamt des Innern im Gange. Das Organ des bayerischen Zentrums schreibt, es dürfe angenommen werden, daß ein erheblicher Teil der Bündesträgerungen im Bündestrat für ein Arbeitswilligen schulgesetz eintreten wird; Sachsen hatte bereits einen entsprechenden Antrag gestellt.

Also die Reichsregierung sagt der Arbeiterschaft den Kampf an. Wohlan, sie wird uns bereit finden! Und mit Reden allein wird der Krieg nicht geführt werden gegen Gewaltpolitik und ihre Hintermänner, die großkapitalistischen Terroristen.

Vermehrung der Arbeitslosigkeit von Amts wegen. Ein erheblicher Verkehrsrüttgang veranlaßt die preußische Eisenbahnverwaltung, die Sparschraube mehr als bisher anzuziehen. In einer von der Eisenbahndirektion Frankfurt an die Dienststellen ergangenen Verfügung wird unter Hinweis auf den eingetretenen Verkehrsflusshang, auf die bereits erfolgte Verminderung der Zahl der Güterzüge und teilweise Umladung sonst regelmäßig verlehrender in Bedarfszüge die Erwartung ausgesprochen, daß nun auch die Kopffüßer (das sind die Arbeitskräfte) aus dem gleichen Grunde zurückgehen. Es handelt sich hierbei hauptsächlich um Dienststellen im unteren Bahnhofs- und Abschaffungsdienst, im Lokomotiv- und Zugdienst und um Betriebsarbeiter. Um jeglichem ungewöhnlichen Personalverbrauch vorzubeugen, werden Neueinstellungen von Arbeitsschäften untersagt. Sollte sich an einer Stelle eine Vermehrung von Arbeitskräften nötig machen, so ist in dem Antrag gleichzeitig anzugeben, an welcher Stelle gleichartige Arbeitskräfte erspart werden können. Keinesfalls darf für einen in den Betriebsdienst zu übernehmenden Strecken- oder Werkstattarbeiter ohne vorherige Genehmigung der Eisenbahndirektion Erfäß eingestellt werden. Auch die durch natürlichen Abgang neuwerdenden Stellen dürfen nicht durch Neueinstellungen, sondern müssen aus vorhandenem Personal ergänzt werden. Sofern sich an irgend einer Stelle Arbeitskräfte oder auch nur Tagewerke ersparen lassen, sind diese alsbald zurückzuziehen. Die überzähligen Kräfte sind möglichst an Stellen unterzubringen, bei denen infolge natürlichen Abgangsbedarf eintretet. Lassen sie sich auf diese Weise nicht unterbringen, so werden durch die Arbeiterausgleichsstelle Verschiebungen nach anderen Orten vorgenommen. Betriebsarbeiter werden in die Rotte gestellt, Hilfsarbeiter in die Werkstatt usw. Die Untervorstände und die Stellenvorsteher sind strikte angewiesen, der Durchführung dieser Anweisung Folge zu leisten.

So belämpft die preußische Eisenbahnweisheit die Krise herunter mit den Kopffüßen — das ist die Lösung. Natürlich in den oberen Stellen, so in der Nähe des Direktors, kann man kein einziges "Tagewerk" entbehren, sonst würden die Altenbündel nicht das richtige Gewicht erreichen.

Keine Herabsetzung der Altersgrenze in der Invalidenversicherung. Gegenüber der Meldung, die Altersgrenze für den Bezug der Altersrente vom 70. auf das 65. Lebensjahr soll demnächst herabgesetzt werden, beeilt man sich, die Dementierung anzulegen. Offiziös wird mitgeteilt, tatsächlich in den Reichstag gelangen. Weiter wird begründend ausgeführt: "Nach dem Einführungsgesetz zur Reichsversicherungsordnung hat der Bundesrat im Laufe des Jahres 1915 die geieiglichen Vorschriften über die Altersgrenze dem Reichstag zur erneuten Beschlussfassung vorzulegen. Als der Reichstag diesen Beschluß fäste, wurde der Wunsch ausgesprochen, daß für die Prüfung der Frage auch noch die Ergebnisse des Jahres 1913 berücksichtigt würden. Bevor also diese Ergebnisse nicht vorliegen, kann an eine Prüfung der Frage überhaupt nicht herangetreten werden. Die Ergebnisse des laufenden Jahres werden aber naturgemäß erst nach Monaten abgeschlossen vorliegen. Es ist infolgedessen nicht einmal wahrscheinlich, daß dem Reichstag in der nächsten Wintertagung 1914/15 eine Denkschrift für die Herabsetzung der Altersgrenze zu gehen wird. Frühestens im Spätherbst 1915 wäre daran zu denken."

Nun können gewisse Kreise wieder beruhigt sein — und die Veteranen der Arbeit können weiter darben.

Verbot der Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Ziegelseien. Der "Reichsanzeiger" veröffentlicht eine vom Bundesrat auf Grund des § 120e der Gewerbeordnung erlassene Verordnung, die die Verwendung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern zu bestimmten Vorrichtungen in Ziegelseien und Anlagen zur Herstellung von Dinassteinen, Schamottesteinen und Schamottezeugnissen verbietet. Die Verordnung tritt am 1. Januar 1914 an Stelle der Verordnung vom 15. November 1903 in Kraft, deren Inhalt durch die neue Verordnung etwas erweitert wird. Der wesentliche Inhalt der jetzt erlassenen Bundesratsverordnung geht dahin:

"In Ziegelseien und Anlagen zur Herstellung von Dinassteinen, Schamottesteinen und anderen Schamottezeugnissen dürfen Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter nicht beschäftigt werden:

- bei den Abräumarbeiten, bei der Gewinnung, der Verladung und der Beförderung der Rohstoffe einschließlich des eingepumpten Lehmes;
- bei der Handformerei (dem Streichen oder Schlagen) der Steine mit Ausnahme von Dachziegeln (Dachpfannen) und von Bimssteinen (Schwemmsteinen);
- bei der Beförderung von Kohlen in Schiebkarren auf die Däsen, beim Befeuern der Däsen und bei allen Arbeiten in Däsen einschließlich der Erdbrüder, jedoch mit Ausnahme des Füllens und Entleeren der oberen offenen Schmauchöfen;
- bei der Beförderung gesetzter (auch getrockneter und zehnmalter) Steine, soweit diese nicht durch Abtragen

von Hand oder mittels Tragbrettern, über in Rollwagen, die auf einem festverlegten, wagerechten Gleise oder auf einer Hängebahn laufen, erfolgt."

Die Opposition der Christen gegen die Scharfmacher. Aufallend radikale Töne, wie sie seit langen Jahren in der latholischen Presse nicht gehörten, schlägt die klerikale "Westdeutsche Arbeiter-Zeitung" in ihrer jüngsten Nummer an. Sie schreibt:

"Iwar behauptet man bei der Großindustrie, den Mittelstandskreisen und den Agrarern, der Kampf geltet der Sozialdemokratie, aber unsere industriellen und agrarischen Scharfmacher bezeichnen jede Arbeiterbewegung, die bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen anstrebt, als sozialistisch. Wer ihnen an die Geldbörse geht, wird als Sozialist und Staatsfeind gebrandmarkt."

Dann heißt es weiter:

"Es ist in den nächsten Jahren mit einer Verschärfung der sozialen und politischen Kämpfe zu rechnen. Die christlich organisierte Arbeiterschaft wird auch in Zukunft bei der Vertretung ihrer Interessen die gemeinsamen Volksinteressen im Auge behalten. Für die nächste Zukunft wird man der Wunsch sein, daß das Volksinteresse dann am besten gewahrt wird, wenn die Arbeiterschaft ihre Interessen entschieden betont und mit allen erlaubten Mitteln energisch durchzusetzen versucht."

Wir werden wohl Gelegenheit bekommen, die Christlichen an diese Worte zu erinnern.

Kommunen und Arbeitslosenfürsorge. Eine stadtästliche Vorlage auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung nach dem Muster der Mannheimer Arbeitslosenfürsorge löste im Heidelberger Bürgerausschuß heftige Debatten aus. Alle Unternehmerorganisationen und Mittelstandsvereinigungen hatten in Eingaben und Protestversammlungen den Bürgerausschuß bestimmt, doch ja die Vorlage ablehnen zu wollen. In der Abstimmung fielen 54 Stimmen für und 54 Stimmen gegen die Vorlage. Der Bürgermeister hatte den Stichentscheid zu geben, der die Vorlage votierte und diese damit rettete.

In Bayreuth hatten Gewerkschaftsrat und Sozialdemokratischer Wahlverein gemeinsam beim Magistrat den Antrag gestellt, Mittel für Notstandsarbeiten bereitzustellen und eine Arbeitslosenversicherung einzuführen. Der Magistratsreferent erklärte sich "außerstande", irgendwelche Vorschläge machen zu können. Mit der Arbeitslosenversicherung könne die Gemeinde nicht bahnbrechend vorgehen, solange der Staat die Taschen zuhalte. Zuletz vertritt er darauf, daß die Stadt 2500 M für Speisung armer Schulkinder ausgeworfen habe, die doch auch den ärmeren Schichten zugute kämen. Die liberalen Stadtälter konnten es sich natürlich bei dieser Gelegenheit nicht verkneifen, ihrem Haß gegen die Arbeiterschaft Luft zu machen. So meinte Steingräber, der berühmte Pianofabrikant, die Arbeiter sollten ihre "Lebhaft" und "Bergstiegungsfahrt" einschränken. Eine Kommission soll die Fragen prüfen — das war das einzige Ergebnis der Debatten.

Mit ganz besonderer Rücksichtslosigkeit ist die Böningser Stadtverwaltung über die Not der Arbeitslosen hingegangen. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion forderte die Einsetzung einer Kommission, die über die Frage der Arbeitslosenversicherung beraten sollte. Doch davon wollte man nichts wissen. Es wurde erklärt, die Arbeitslosenversicherung müsse vom Reich geschaffen werden. Die kommunale Arbeitslosenversicherung hätte sich bisher nirgends bewährt. In Königsberg gebe es überhaupt keine große Arbeitslosigkeit und es sei auch auf Jahre hinaus keine zu erwarten!

Für die Arbeitslosen Berlins sind bisher schon 101 295,40 M zusammengekommen. Ein Beweis dafür, wie schnell und freudig die Parteigenossen sowohl wie die Gewerkschaftler ihren arbeitslosen Brüdern Hilfe bringen wollen, um der äußersten Not zu steuern.

Arbeitslosenversammlung in Frankfurt a. M. In Frankfurt a. M. stellte eine von 1500 Arbeitslosen besuchte Versammlung an die Stadtverwaltung das Verlangen, sofort möglichst viel Arbeitsschaffensgelegenheit zu schaffen und für die Unterstützung der Arbeitslosen einen größeren Betrag aus Mitteln der Stadt zur Verfügung zu stellen.

Trotzdem schon im Sommer d. J. die sozialdemokratischen Stadtverordneten den Magistrat um Vorbereitung von Maßnahmen erucht haben, die zur Linderung der Not der Arbeitslosen beitragen, ist der Magistrat bis heute mit seiner Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung gekommen — Die Arbeitslosigkeit hat auch in Frankfurt a. M. einen außerordentlich großen Umfang angenommen.

Berichte.

Godenheim. Am 6. Dezember fand unsere Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Abrechnung vom 3. Quartal; 2. Kriegsbericht; 3. Wahl der Agitationskommission; 4. "Vollstürze"; 5. Verschwendes. Die Abrechnung vom dritten Quartal verlor Kollege Metzger. Hieraus sei folgendes wiederholt: Die Einnahme betrug 3809,74 M, die Ausgabe (2400 M wurden an den Vorstand gesandt) betrug 3778,18 M; demnach bleibt ein Kassenbestand von 31,56 M. Die Einnahmen der Kassenfalle betragen 928,40 M, die Ausgaben 712,98 M; mithin bleibt ein Kassenbestand von 215,42 M. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Quartals 563, davon weiblich 344. Da zu der Abrechnung niemand das Wort nimmt, wird dem Kassier auf Antrag der Kollegen einstimmig Entlastung erteilt. Den Kriegsbericht gab Kollege Feineis. Sein Bericht erstreckt sich über 5 Sitzungen. In der Hauptfahrt beschäftigen sich die Sitzungen mit den Ortskassen, lassen sich, welche für die organisierte Arbeiterschaft an unserm Orte von großer Bedeutung ist. Bei Beratung der Arbeitslosenfürsorge wurde beschlossen, eine öffentliche Volksversammlung abzuhalten. Über den Bericht entwidelt sich eine lebhafte Debatte, an der sich die Kollegen Reichelt, Sommer, Rittscher, Wolff, Kraus und Meißner beteiligten. Kollege Kraus hätte gewünscht, daß auch weidliche Mitglieder als Vertreter mit auf die Verschlagsliste zur Ortskassenwahl gekommen wären. Die übrigen Redner kritisierten die Taktik, die das Kärtel eingehalten hat. Es sei nicht richtig, daß man mit dem Angriff in die Öffentlichkeit auf die Gegner warte. Es hätte in der Presse schließlich der Anfang mit der Agitation gemacht werden müssen, daß uns nur noch 14 Tage vom Wahlgang trennen. Kollege Metzger hält es für erfreulich, daß sich die Kollegen rege an der Debatte teiligen, nur hätten sich die Kollegen in den vorher stattgefundenen

Beilage zum Tabak-Arbeiter

Nr. 51

Sonntag, den 21. Dezember

1913

Übertrittsbedingungen für ausländische Mitglieder.

Mitglieder aus ausländischen Tabakarbeiterorganisationen, die dem Internationalen Sekretariat der Tabakarbeiter angehören, können, sofern sie nach Deutschland reisen und hier zu bleiben gedenken, zum Deutschen Tabakarbeiter-Verband übertraten. Der Übertritt erfolgt unter folgenden Bedingungen:

1. Die zum Übertritt sich meldenden Mitglieder müssen ihre Mitgliedschaft in der Organisation, der sie zuletzt angehört, bis zur Abreise nach Deutschland erfüllt haben. Zu diesen Mitgliedschaften gehört u. a. die Erfüllung der Beitragspflicht und die Abmeldung der Abreise nach Deutschland.

Die Ausweise über Mitgliedschaft und Beitragsleistung und Abmeldung nach Deutschland müssen von den zureisenden ausländischen Mitgliedern erbracht werden. Solchen zureisenden ausländischen Mitgliedern, die diese Ausweise nicht haben oder die sich ungenügend legitimieren, ist der Übertritt zu verbieten.

2. Die Anmeldung zum Übertritt in den Deutschen Tabakarbeiter-Verband muss innerhalb der ersten Woche der aufgenommenen Beschäftigung erfolgen; spätere Anmeldungen zum Übertritt bleiben unberücksichtigt.

Auch kann der Übertritt zum Deutschen Tabakarbeiter-Verband erfolgen, wenn ein solches Mitglied noch keine Arbeit hat. In letzteren Fällen muss die Anmeldung zum Übertritt innerhalb der ersten Woche und zwar vom Tage der Zureise an gerechnet, erfolgen. Alle Anmeldungen zum Übertritt sind bei dem ersten Bevollmächtigten derjenigen Zahlstelle anzubringen, wo hin die Zureise erfolgte, resp. beim Verbandsvorstande, sofern das zugereiste Mitglied sich an einem Orte aufhält, wo sich keine Zahlstelle des Verbandes befindet. Ist die Anmeldung zum Übertritt bei einem Bevollmächtigten erfolgt, so übernimmt dieser die Pflicht, die Anmeldung zum Übertritt mit Beifügung der ausgehändigten Legitimationen dem Verbandsvorstande einzusenden. Erfolgt jedoch die Anmeldung zum Übertritt durch ein zugereistes Mitglied selbst, so hat dieses die Pflicht, die notwendigen Legitimationen dem Verbandsvorstande einzusenden.

Der Verbandsvorstand entscheidet über den Antrag zum Übertritt in den Verband. Wird der Antrag zum Übertritt in den Verband anerkannt, dann wird dem Mitgliede vom Verbandsvorstande ein deutsches Mitgliedsbuch ausgestellt und dem Mitgliede zugestellt; die Bevollmächtigten dürfen für ausländische Mitglieder beim Übertritt in den Deutschen Tabakarbeiter-Verband kein Mitgliedsbuch ausstellen. Das Gleiche gilt für die Ausstellung von Wanderkarten.

Solche ausländische Mitglieder, die zum Verbande übertraten, bevor sie in Arbeit getreten sind, erhalten, wenn die ununterbrochene Mitgliedschaft zum Bezug von Erwerbslosenunterstützung berechtigt, zugleich eine Wanderkarte ausgestellt. In diesen Fällen wird dem Mitgliede die Wanderkarte zugestellt, während das Mitgliedsbuch im Besitz des Verbandsvorstandes so lange verbleibt, bis das Mitglied in Arbeit getreten ist.

Alle bei der Anmeldung zum Übertritt eingelieferten Organisationsausweise sind der Organisationsleitung derjenigen ausländischen Organisation zuzusenden, von welcher sie ausgestellt wurden.

Die Bestimmungen des Abs. 1 und der Abs. 3 bis 5 gelten auch für solche Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, die ins Ausland reisen und nach Deutschland zurückkehren und sich zum Übertritt in den Deutschen Tabakarbeiter-Verband anmelden.

Der Übertritt ausländischer Mitglieder zum Deutschen Tabakarbeiter-Verband erfolgt ohne Zahlung eines Eintrittsgeldes und mit Abrechnung der zurückgelegten ununterbrochenen Mitgliedschaft.

Mit dem Übertritt der ausländischen Mitglieder und der Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, die in das Ausland reisten und nach Verlauf eines Jahres zurückkehren, erwerben diese die für die Mitglieder der ersten Beitragsklasse im Statut vorgesehenen Rechte auf Erwerbslosenunterstützung, sofern sie mindestens 52 Wochen ununterbrochen organisiert sind und mindestens 52 Beiträge geleistet haben. Die Beitragspflicht solcher Mitglieder im Deutschen Tabakarbeiter-Verband ist nach den Bestimmungen des § 3 des Statuts zu regeln.

An alle ausländischen Mitglieder, die zum Deutschen Tabakarbeiter-Verband übertraten, darf die Erwerbslosenunterstützung erst vom 7. Wochentage der vollzogenen Anmeldung an gerechnet gezahlt werden.

Solche Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, die in das Ausland reisen und innerhalb eines Jahres zurückkehren, sind derjenigen Beitragsklasse wieder einzugliedern, der sie angehört bei der Abreise in das Ausland.

Ausländische Mitglieder, die nach Deutschland reisen, unterstehen den Bestimmungen der bestehenden Arbeitsnachweise.

Vorstehende Bestimmungen treten am 1. Januar 1914 in Kraft.

Der Vorstand: C. Deichmann.

Die neuen Bestimmungen über die Hausarbeit in der Tabakindustrie.

III.

Was haben uns nun die neuen Bestimmungen gebracht? Sind sie geeignet, die schlimmsten Auswüchse der Heimarbeit in der Tabakindustrie zu beseitigen? Im allgemeinen möchten wir mit einem Achselzucken antworten.

Gewiss, die Bestimmungen lesen sich sehr gut, und wer die Dinge nicht kennt, mag auch glauben, daß uns Reichen und Wunder geschehen werden. Eine Reihe der Anordnungen ist auch durchaus geeignet, ihren Zweck zu erfüllen, wenn sie konsequent durchgeführt werden möchten. Ja, wenn! Man merkt es auch diesen Bestimmungen wieder an, daß es mit ihrer strammen Durchführung noch nicht so große Eile haben soll. Zunächst treten diese bundesrätlichen Bestimmungen erst mit dem 1. Juli 1914 in Kraft. Bis dahin ist eine lange Zeit; und wenn wir auch annehmen, daß die Frist gewährt worden ist, um eine gewisse Übergangszeit zu schaffen, um Gelegenheit zu geben, sich auf die Anordnungen vorzubereiten, so müssen wir doch unsere Verwunderung darüber aussprechen, wenn der § 14 der Bestimmungen gestattet, daß die unteren Verwaltungsbehörden (also die Polizeibehörden) für jene Werkstätten, die bei Erlass der Bestimmungen bestehen, Ausnahmen zu lassen können, und zwar, soweit die Anordnungen des § 3 in Frage kommen, bis zum 1. Januar 1919, bezüglich § 4 bis zum 1. Januar 1916. Diese beiden Paragraphen enthalten nach unserer Meinung die wichtigsten, das heißt die in das Hausarbeiterelend am tiefsten eingreifenden Anordnungen. Uns will bedenken, daß man mit dem § 14 die eigentliche Wirkung der Bestimmungen vom 17. November auf Jahre hinaus illusorisch macht. Zur Anpassung hätte die Zeit bis zum 1. Juli 1914, dem Tage des Inkrafttretens, genügt. All die vielen Tausende von Hausarbeiterwerkstätten, deren sanitäre Mängelhaftigkeit doch erst dem Bundesrat die Notwendigkeit der Bestimmungen zur Pflicht machen, sollen in der Haupthache in der alten Weise bis zum 1. Januar 1919 erhalten bleiben! Freilich, es werden hier und da Hausarbeiter ausscheiden, es werden neue kommen, die den Bestimmungen dann sofort Rechnung tragen müssen. Aber wie viele werden es denn sein? Da auch der Wechsel des Hausarbeiters mit seinem Fabrikanten auch noch keine Nachahzung der bundesrätlichen Bestimmungen bis zum 1. Januar 1916 bezw. bis 1. Januar 1919 erforderlich macht, bleibt also in der Haupthache auf Jahre hinaus beim alten.

Auch sonst sind die Bestimmungen vom 17. November mit Ausnahmen noch reichlich genug durchlöchert. Im § 11 heißt es, daß die höheren Verwaltungsbehörden (Bezirksregierungen, Oberämter usw.) für ihren Bezirk oder einzelne Teile desselben Ausnahmen von der Bestimmung über die Höhe des Arbeitsraumes zulassen können, wenn diese Bestimmung nach der Beschaffenheit der vorhandenen Gebäude ohne verhältnismäßige Härten nicht durchgeführt werden kann. Also das gilt nicht nur bis 1. Januar 1919, sondern auch für die spätere Zeit. Wir haben gewiß nicht die Wicht, dafür einzutreten, daß den Hausarbeitern, um die nötige Höhe des Arbeitsraumes zu schaffen, Zumindesten gestellt werden, die sie zu erfüllen kaum oder garnicht imstande sind. Wir denken an die vielen Hausarbeiter, die in ihren, meistens nach dörflichen Verhältnissen gebauten Häusern Zigarren machen. Wollen wir aber die Ausnahme des § 11 gelten lassen, die doch für dauernd festgesetzt ist, weshalb dann aber die lange Hinausschiebung des Inkrafttretens der §§ 3 und 4?

Erneut gestattet § 12 den höheren Verwaltungsbehörden, Ausnahmen zuzulassen von den Bestimmungen über die Höhe und den Mindestraum unter der Voraussetzung, daß die Räume mit einer wirksamen Einrichtung zur Herbeiführung eines ausreichenden Luftwechsels versehen sind; auch für den Fall, daß auf die in einem Arbeitsraum beschäftigten Personen mehr als je 7 bezw. 10 cbm Raum kommen, können Ausnahmen von der sonst geforderten Höhe von 2½ m zugelassen werden. Schließlich können die unteren Verwaltungsbehörden für diejenigen Werkstätten, in welchen ausschließlich das Einrollen fertiger Wickel vorgenommen wird, Ausnahmen zu lassen von der Bestimmung des § 4, der das Arbeiten und Lagern von Tabak in Schlafräumen verbietet. Es müssen dann aber die Vorschriften des § 5 (Vagern von Tabak und Halbfabrikaten) beachtet werden. Wir sehen also, daß es an Ausnahmen nicht mangelt. Das ist im Interesse der hygienischen Zustände in der Hausarbeit in der Zigarrenindustrie und der Volksge sundheit zu bewauen. Man urteile, ob unter solchen Umständen die Hinausschiebung der generellen Anwendung der Bestimmungen bis zum 1. Januar 1919 gerechtfertigt ist.

Außerdem darf nicht vergessen werden, daß es in der Praxis ohnehin an dem nötigen Wollen und Können mangelt, die Durchführung der Bestimmungen zu überwachen. Die Gewerbeinspektionen, sowieso überlastet, werden nicht in der Lage sein, die Kontrolle in genügendem Maße auszuüben; und ob die Polizeibehörden ausreichend kontrollieren können, dürfte noch sehr zweifelhaft sein. Zwar ist die Meldung der Werkstätten der Hausarbeit vorgesehen, aber man darf sich nicht verhehlen, daß mitunter auch nicht gemeldet wird, so daß es schon schwer fallen dürfte, die Zahl der Hausarbeiter überall voll zu ermitteln.

Was will man denn nun mit der Durchlöcherung durch Ausnahmen und mit der Hinausschiebung des Inkrafttretens der hauptsächlichsten Bestimmungen auf den 1. Januar 1919 bezeichnen? Neben der Frage des Arbeiterschutzes läuft das Prinzip einher, nur nicht die Unternehmer zu treffen. Die Gesetzgebung darf nichts beschließen, was etwa den Profit zu schmälern geeignet wäre. Nun bedeuten zwar die bundesrätlichen Bestimmungen wirtschaftlich eine Belastung der Hausarbeiter. Die sofortige strenge Durchführung würde nun diese Belastung dem Hausarbeiter deutlich fühlen; er würde sich entweder der Hausarbeit ent-

ledigen, oder er würde für die höhere Belastung eine Entschädigung in dringlicher Weise verlangen. Beides wünscht aber der Bundesrat und auch sonst die Gesetzgebung dem Unternehmer nicht anzutun. So ist es also notwendig, die Sache in der Praxis so langsam als möglich sich vollziehen zu lassen; denn dann merken es die Hausarbeiter nicht, oder doch nicht so deutlich, behalten weiter ihre Hausarbeit und stellen keine Lohnforderungen. Die Ausbeutungsfreiheit des Fabrikanten ist also in keiner Weise gestört und dem Hausarbeiter werden neue Lasten zu seinen übrigen aufgehaftet.

Wir haben im vorigen Artikel davon gesprochen, daß dem Schutz der Gesundheit der Lohnschutz, d. h. der wirtschaftliche Schutz, parallel laufen müssen. Erst recht muß das natürlich der Fall sein, wenn dieser sanitäre Schutz den armen Hausarbeitern eine weitere wirtschaftliche Belastung bringt. Über zweifelt noch ein Hausarbeiter daran, daß die Bestimmungen vom 17. Dezember, wenn sie ernsthaft durchgeführt werden, ihm keine Lasten aufbürden? Die Frage der Hygiene ist bei Arbeitern nämlich gleichzeitig eine Wohnungsfrage. Gibt aber das Gesetz ihm keinen Schutz nach dieser Richtung, so muß sich der Hausarbeiter selbst schützen und seine neuen Lasten auf den Unternehmer durch rechtmäßige Lohnforderungen abzuwälzen suchen. Dazu ist allerdings die Organisation, der Deutsche Tabakarbeiter-Verband nötig; denn ohne diese Mittelstärkung wird der Hausarbeiter seine Sorge weiter tragen müssen.

Kirche und Gewerkschaften in Deutschland.

VI.

Die christlichen Gewerkschaften sind in Deutschland mit großen Hoffnungen und Erwartungen ins Leben getreten. Entstanden zu einer Zeit, wo alles sich gegen die Sozialdemokratie rüstete, hinter sich die starke Partei des Zentrums und die noch stärkere Macht der Kirche, im Besitz eines Programms, das allen Ordnungsparteien und Umsturzfeinden gefallen mußte, machten sich die Führer der christlichen Gewerkschaften auf einen gewaltigen Siegeszug ihrer Verbände gefaßt. Sie sahen sich im Geiste schon an der Spitze der deutschen Arbeiterbewegung, deren Masse aus den christlich organisierten Arbeitern bestehen sollte, während die Sozialisten froh sein durften, im Gefolge dieser Masse gebündet zu werden. Diese Hoffnungen und Rechnungen sind ja nun arg getäuscht worden. Das Umgekehrte ist eingetreffen. Den Kern und die Masse der deutschen Arbeiterbewegung bilden die sozialistischen Verbände mit ihren 2½ Millionen Mitgliedern, neben denen die christliche Bewegung mit ihren 350 000 Mitgliedern sich wie ein kleines, vereinsantes und verlorenes Häuschen ausnimmt. Und der zahlenmäßige Abstand zwischen den beiden Bewegungen nimmt immer mehr zu. Wo die christliche Bewegung um 10 000 Mitglieder wächst, da wächst die sozialistische um 100 000 und mehr.

Die deutschen Arbeiter haben erkannt, was mit den christlichen Gewerkschaften los ist. Sie wissen, daß diese Verbände unter der Herrschaft rücksichtlicher und volksfeindlicher Mächte stehen; der Bergarbeiterausstand und mehrere Wokommunen ähnlicher Art haben sie gelehrt, daß in den Reihen der christlichen Organisationen der Streikbruch und schmälerlicher Arbeiterverrat heimisch ist. Deshalb bleibt der anständige und verständige Teil der deutschen Arbeiter diesen Verbänden fern und überläßt sie jenen Überberatern und verbündeten Leuten, die ihre Feinde für ihre Freunde ansiehen. Die christlichen Gewerkschaften haben nun allgemein eingesehen, was für eine armelige Rolle sie spielen. Um so größer ihre Wut auf die sozialistischen Verbände. Im allgemeinen können sie diesen zwar nichts anhaben, aber leider sind sie in einzelnen Gegenenden und Berufen, wie bei den Bergarbeitern und den Textilarbeitern infolge ihrer Stärke doch noch in der Lage, etwaigen Lohnkämpfen gefährlich zu werden, wie das bei dem Bergarbeiterausstand der Fall war. Da die christlichen Verbände unter den freien Arbeitern nichts mehr zu gewinnen haben, so haben ihre Führer, um den Ausfall wettzumachen, das Augenmerk auf die in öffentlichen Betrieben angestellten Leute gerichtet. Man muß wissen, daß die Reichsregierung wie die Behörden in Preußen, Sachsen und anderen Bundesstaaten weder den Beamten noch den in staatlichen Werkstätten tätigen Arbeitern das Kooperationsrecht gewähren, mindestens aber streng daran sehen, daß die staatlichen Angestellten und Arbeiter nicht den sozialistischen Verbänden angehören. Auf diese dem behördlichen Kommando unterstehenden Leute haben es die christlichen Führer abgegeben, und da deren Zahl bei der großen Ausdehnung öffentlicher Betriebe in Deutschland sehr auseinanderlich ist, so wäre das allerdings eine Gelegenheit für sie, aus diesen Kreisen die Reihen ihrer Bewegung zu füllen. Sie bedürfen dazu zweierlei: Erstens die Erlaubnis der Behörden, die Angestellten und Arbeiter der öffentlichen Betriebe unter christlicher Flagge zu organisieren. Um diese Erlaubnis zu erhalten, haben sie für die Verbände dieser Leute auf das Streitrecht verzichtet, das heißt, das Kooperationsrecht preisgegeben. Zweitens bedürfen sie dazu der Unterstützung der Regierung insofern, als diese ihnen die Konkurrenz vom Leibe hält, das heißt, den Angestellten und Arbeitern der öffentlichen Betriebe nach wie vor untersagt, sich den sozialistischen Verbänden anzuschließen. Beides ist die Regierung zu bewilligen bereit, wofür dann die christlichen Gewerkschaften gute Gesinnung und Wohlver-

halten geloben mussten. So wäscht hier eine Hand die andere. Regierung und christliche Gewerkschaften haben sich in beiderseitigem Interesse zusammengefunden, um weiten Kreisen der deutschen Arbeiterschaft ihre Selbstbestimmung, ihr Koalitionsrecht, ihr Streifrecht zu nehmen. Man versteht bei diesem trauten Verhältnis, daß die Regierung sich in Rom bemüht, um den Papst an dem Verbot der christlichen Gewerkschaften zu hindern, und daß anderseits die christlichen Gewerkschaftsführer beim letzten Bergarbeiteraustand auf die Seite der Arbeiterfeinde traten und mit der Regierung bemüht waren, den Streik in Polizei und Soldaten zu ersticken. Die christlichen Gewerkschaftsführer zählen zu den ärgsten Hibernen gegen das Koalitionsrecht der öffentlichen Angestellten und Arbeiter. In Bayern war bisher den Arbeitern der staatlichen Eisenbahnbetriebe bezüglich der Organisation, der sie sich anschließen wollten, kein Hindernis in den Weg gelegt. Als nun die bayerischen Eisenbahnarbeiter von diesem Recht Gebrauch machen und sich zahlreich dem auf moderner Grundlage beruhenden Eisenbahnverbande anschlossen, da kamen die christlichen Gewerkschaftsführer und die führenden Leute der bayerischen Zentrumspartei, denunzierten diesen Verband als sozialdemokratisch und forderten von der bayerischen Regierung, daß dieser Verband verboten würde. Die Regierung hat diesem Anlaß lange widerstanden. Als dann aber mit dem Zentrumsführer Herrting als Ministerpräsident eine echt klerikale Regierung in Bayern ans Ruder kam, da war das Schicksal des Eisenbahnverbandes besiegelt. Es half nichts, daß er unter dem Drange der Not und zur Verhinderung seiner Auflösung erklärte, auf das Streifrecht zu verzichten. Die Regierung verfügte, daß kein Angestellter und Arbeiter der bayerischen Verkehrsverwaltung dem genannten Eisenbahnverbande angehören darf, und um volle Arbeit zu machen, dehnt die Regierung das Verbot auch auf die beiden sozialistischen Verbände der Metall- und Transportarbeiter aus. Und die Presse des Zentrums und der ganze Chorus der christlichen Gewerkschaftsführer klärt Beifall zu der unerhörten Entziehung der bayerischen Arbeiter!

Die christlichen Gewerkschaftsführer treiben gegenwärtig unter dem dreifachen Einfluß von Kirche, Zentrum und Regierung die ärgste Gewaltspolitik gegen die andersdenkende Arbeiterschaft. Man kann nur annehmen, daß die Leute sich in einem Zustande der Verzweiflung befinden, daß sie sich vor der sozialistischen Uebermacht nicht anders zu retten wissen, als durch Gewaltmittel, die jeder Solidarität, jedem proletarischen Bewußtsein ins Gesicht schlagen. Selbstverständlich mußt ihnen das nicht. Eine Bewegung, die von der Beugung des Rechts, von Streikbruch und Arbeiterversetzung lebt, hat ihr Dasein verwirkt. Auf diese Arbeiterschädlinge trifft das Wort zu, das jüngst ein Führer der rein katholischen Organisationen gesprochen hat:

„Die christliche Gewerkschaftsbewegung ist eine innere Unwahrheit und deshalb wird sie, wie jede Unwahrheit, an sich selber zugrunde gehen müssen.“

Wie die Rundreise und die Vorträge beweisen, die der klerikale Abgeordnete und christliche Gewerkschaftsführer Giesbert in Amerika veranstaltet hat, soll die Politik des Zentrums, des katholischen Volksvereins und der christlichen Gewerkschaften nach den Vereinigten Staaten exportiert werden. Mit der Einführung von sozialen Kursen und Studienzirkeln fängt man an, dann wird die Gründung von katholischen Arbeitervereinen und christlichen Gewerkschaften folgen, und schließlich hat Amerika die ganze Herrlichkeit der klerikalen Politik, wie sie in Deutschland herrscht. Wir fühlen uns nicht berufen, den Bürgern der Vereinigten Staaten politische Ratschläge zu geben. Aber auf Grund unserer Erfahrungen in Deutschland, der Heimat der christlichen Arbeiterbewegung, halten wir es doch für unsere Pflicht, die amerikanischen Arbeiter zu warnen vor den Sendboten der christlichen Gewerkschaften. Diese Organisationen sind in Deutschland geschaffen worden, um die Arbeiterbewegung zu zerstören und zu schädigen; sie stehen vollständig unter dem Einfluß arbeiterfeindlicher Mächte und tragen ihr Dasein nur dadurch, daß sie bereit sind, die Befreiung der sozialistischen Arbeiterbewegung zu durchzutzen und beizupassen — der Gelegenheit ihren Kampfenden Klassen gegenüßen in den Rücken zu fallen. Wir Tabakherzen übergeht, die andere in einer nicht weniger verhängnisvollen Wirkung auf die Füße, die der Ver-

bösen Erfahrungen zu behalten, die wir in Deutschland mit den christlichen Gewerkschaften haben machen müssen. Und zu diesem Zweck raten wir Ihnen, den „christlichen“ Sendboten höflich aber entschieden die Tür zu weisen. —

Mitteilungen aus dem Beruf

Herabsetzung der Steuer auf inländischen Tabak. Dem Badischen Landtag liegt ein Antrag des Abgeordneten Dietrich vor, nach welchem die badische Regierung erlaubt werden soll, im Bundesrat Maßnahmen zu beantragen, die den erlaubten Abfahrt von Inlandstabak leichtern. Als eine solche Maßnahme wird die Herabsetzung der Inlandsteuer betrachtet. Tatsächlich geht der deutsche Tabakbau immer mehr zurück, wie wir es mehrfach dargelegt haben. Selbst die hohe Wertsteuer auf ausländischen Tabak hat die deutschen Tabakbauern nicht zu retten vermocht. Der Raucher lehnt eben das deutsche Kraut ab, zumal es in den letzten Jahren noch auf einen Preis gebracht wurde, der es nicht mehr als wohlfert im Verhältnis zu den billigen Auslandstabaken erscheinen ließ. Die Südd. Tabakzeitung spricht nicht mit Unrecht, daß die Reichsregierung, wenn sie sich mit dem Antrage beschäftigen möchte, leicht die ganze Frage der Tabaksteuerung im fiskalischen Interesse natürlich, aufrollen könnte.

Lohnkampf oder Schiebung? In Nr. 49 des Tabakarbeiter war eine der Mannheimer Volksstimme zugängige Meinungserhebung über das Vorgehen des christlichen Tabakarbeiterverbandes gegen die unterbadischen Zigarrenfabrikanten abgedruckt. Es wurde der Ansicht Raum gegeben, daß die Bewegung nur als Wahlmanöver genutzt sei zu dem Zweck, der Zentrumspartei die Zigarrenarbeiter als Wähler zuguttreiben. Wir haben zwar die Neuerung der Volksstimme abgedruckt, hatten aber keine Veranlassung, unsere Meinung dazu zu sagen, bevor nicht die offizielle Leitung des christlichen Verbandes sich dazu geäußert hat. Nun hat am 7. Dezember in Heidelberg eine Bezirkskonferenz des christlichen Tabakarbeiterverbandes stattgefunden. Dort wurde, wie wir dem „Pfälzer Vater“, einem Zentrumsblatt, entnehmen, eine Resolution angenommen, die den Vorwurf der Schiebung zurückweist.

Sie lautet:

Die heute, den 7. Dezember, in Heidelberg zu einer Bezirkskonferenz versammelten Bezirksvorstandsmitglieder und Delegierten der einzelnen Ortsgruppen und Zahlstellen christlicher Tabakarbeiter Unterbadens, der Pfalz und Oberhessens weisen die Unterstellungen der sozialdemokratischen Mannheimer „Volksstimme“, wonach die eingeleitete allgemeine Lohnbewegung nicht als Hauptziel die Erzielung eines höheren Lohnes und Verbesserungen im Arbeitsverhältnis hätte, sondern der Hauptzweck in parteipolitischen Motiven und aus Mangel an Agitationststoff zu suchen sei, mit Entzürfung zurück. Die „Volksstimme“ kann mit keinerlei Gründen ihre Behauptungen beweisen. Die Konferenz bedauert daher auch auf das entschiedenste diese gemeine Kampfweise, durch die lediglich die berechtigten Befreiungen der Tabakarbeiter unterbunden und die notwendigen Verbesserungen in Frage gestellt werden. Um all diesen verdächtigenden Behauptungen den Boden zu entziehen, erklärt die Konferenz ausdrücklich, daß die Bewegung nur eingeleitet worden ist und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln weitergeführt wird, um durch dieselbe die Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Zigarrenindustrie zu ermöglichen; die Bewegung ist und bleibt eine ehrlich gemeinte. Die Konferenz appelliert an alle Tabakarbeiter, diese Bemühungen durch Beitreit zur Organisation zu unterstützen.

Wir nehmen von dieser Resolution gebührend Notiz und glauben gern, daß die Konferenz der ehrlichen Meinung war, daß die Bewegung hauptsächlich im Interesse der Tabakarbeiter eingeleitet worden ist; aber daß nun schon eine Busch ist an die Mannheimer Volksstimme in der Lage war, die „berechtigten Bemühungen der Tabakarbeiter zu unterbinden und die notwendigen Verbesserungen in Frage zu stellen“, läßt eigentlich den Schluss zu, daß es mit dieser Bewegung von Anfang an recht man gewesen sein muß. Eine starke Sache kann nicht von einigen Zeilen der „Volksstimme“ umgebläst werden. Aber die Christen dürfen doch froh sein, daß sie nun Gelegenheit haben, in heller Entrüstung zu machen. Es hat doch die Geschichte einiges Unsehen bekommen. Auf diese Art kam auch die Konferenz zu der ehrlichen Meinung.

Tabakrauchen und Überverarbeitung. Unter den vielen Sünden, die dem Nikotin zugeschrieben werden, sind besonders zwei recht bedenklicher Art. Die eine besteht in seiner Wirkung auf das Herz, das bei leidenschaftlichen Rauchern in den geschilderten Zustand des sogenannten Rauchherzens übergeht, die andere in einer nicht weniger verhängnisvollen Wirkung auf die Füße, die der Ver-

arbeitung anheimfallen. Man darf nun diese Gespenster auch nicht zu ernst nehmen. Bestraft wird hier wie überall nur der eigentliche Missbrauch, nicht aber der mäßige Genuss. Allerdings kann für einen schwächeren Menschen dasselbe schon eine Unmöglichkeit bedeuten, was ein gesunder ohne Schaden leisten kann. Der Zusammenhang des Tabakrauchens mit der Überverarbeitung ist überdies noch immer nicht ganz sicher gewesen, zumal diese Art der Erfahrung eine der gewöhnlichsten Alterserscheinungen ist, der auch unzählige Menschen verfallen, die nie in ihrem Leben eine Zigarette, eine Zigarette oder eine Pfeife geraucht haben. Dr. Schmid hat diese Frage durch Tierversuche genauer ergründen wollen und zu diesem Zweck einen besonderen Apparat erbaut, durch den Kaninchen zum Rauchen gezwungen wurden. Den Tieren wurde zwar frische Luftreichlich zugänglich gemacht, aber sie mußten gleichzeitig eine gewisse Menge ziemlich starken Tabakrauchs einatmen. Um möglichst sichere Ergebnisse zu erhalten, wurden ganz junge Kaninchen desselben Wurfs ausgewählt und unter sonst ganz gleichen Lebensbedingungen gehalten. Nach einem Bericht vor dem ärztlichen Verein in Brünn hat nun Dr. Schmid an den Tieren, die den Rauch erhalten hatten, tatsächlich eine Gefäßerkrankung festgestellt, die aber nicht der Arteriosklerose des Menschen entsprach. Dieser Fund war um so auffälliger, als sich eine echte Arteriosklerose durch andere Mittel auch beim Kaninchen künstlich erzeugen läßt. Es ist allerdings immer heikel, die Lehren eines Tierversuchs ohne weiteres auf den Menschen zu übertragen. Soweit das aber in diesem Fall zulässig erscheint, würde die Anklage gegen den Tabakrauch mit Bezug auf die Überverarbeitung eine Abschwächung erfahren, die jedem Freunde des Tabakgenusses eine Genugtuung gewähren wird. Dennoch äußert Dr. Schmid die Überzeugung, daß die Nikotinvergiftung in Wirklichkeit auf die Blutgefäße wirkt, und zwar vielleicht zunächst in ähnlicher Weise, wie es bei den Kaninchen auf dem Wege des Versuchs erzielt wurde. —

Bewegungen im Beruf.

Bremen. Die Firma Siegelskopf erklärte sich bereit, den für Bremen und Umgegend geltenden Minimallohnsatz zu zahlen. Die hierauf festgesetzten Löhne betragen 12 bis 16 M pro Mille bei Lieferung entrippter und aufgesetzter Decke und fertiger Einlage. Mit der Firma wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen.

Warendorf i. Westf. Die Aussperrung bei der Firma Aug. Schwerenbrock wurde, da die Ausgesperrten anderweitig untergebracht werden konnten, für beendet erklärt. Vor Zugang wird jedoch bis auf weiteres gewarnt, da die Firma darauf besteht, daß bei verkürzten Löhnen gearbeitet werden soll.

Striegau i. Sch. Die Differenzen in der Zigarrensortiererei der Firma Schärke u. Comp. sind noch nicht erledigt. Vor Zugang von Zigarrensortierern wird gewarnt.

Berichte.

Frankfurt a. M. Die Tabakarbeiter im Kampfe um ihre Existenz. Über dieses äußerst wichtige Thema sprach am Mittwoch, 3. Dez., der Reichstagabg. und Vorsitzende unseres Verbandes Carl Weichmann. Er schilderte in seltener Weise den Umschwung in der gesamten Industrie. Die Tabakindustrie, wenn sie auch in technischer Beziehung keine großen Umwälzungen erlebt habe, sei in wirtschaftlicher Beziehung natürlich den Gesetzen des Kapitalismus unterworfen; unsere Unternehmer haben verstanden, durch mancherlei Mittel ihren Vorteil zu erhalten, bezüglich einer rießigen Entwicklung der Maschinenarbeit. Hinzu kommen noch die Erfolge der deutschen Steuer- und Zollpolitik, die neben der ungemeinen Belastung der Lebensmittel durch indirekte Steuern auch in der Tabakindustrie die Produktion stark geschädigt hat. Während im Jahre 1912 der Jahre durchschnittslohn für industrielle Arbeiter 1140 M betrug, hatten die Tabakarbeiter nur einen Durchschnittsverdienst von 653 M im Jahre. Da muß es jedem Tabakarbeiter klar werden, daß nur durch Organisation eine Verbesserung dieser traurigen Lage ermöglicht und weitere Verschlechterungen verhindert werden können. Der Referent fordert zum Schluss alle Auszweigungen auf, soweit sie dem Tabakarbeiterverband noch nicht angehören, dies unverzüglich nachzuholen, um den Bemühungen des vereinigten Unternehmer- und Schaffnachterns, das die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Arbeiter weiter zu verschlechtern sucht, einen Damm entgegenzusetzen.

**LISTE
ÜBER GEBRAUCHTE
WICKEL-
FORMEN**

905

Jacob Hirsch Jr.

Mannheim B 1, 9. 10

Alle Sorten in- u. ausländischer Tabake zu billigsten Tagespreisen, inkl. Zoll- u. Wertsteuer. Post-Versand per Nachnahme. Ziel nach Ueberseikunft bei Aufgabe von 10 Referenzen. Versand nur gegen Nachnahme.

**ERHALTEN SIE KOSTENLOS
DURCH**

L. COHN & Co.

**BERLIN
24 BRUNNENSTR. 24**

Rohtabakgeschäft Otto Brandes

BRIESEN, Westerstrasse 96

Billige Bezugssquelle für sämtliche Tabake zur Zigarrenfabrikation. Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft. Versand nur per Nachnahme.

**Gelehrte
Tabak-Arbeiter**

bilden ein ganz vorzügliches Agitationsmittel, aus diesem Grunde gebe man sie stets an unorganisierte Kollegen weiter.

Wichtig für Händler u. für Zugabe-Artikel.

Tafelrauhen von M. 1.80 bis 2.00, Wand-, Stand- und Weckeruhen, Tafellampen, Feuerzeuge,

Rauchapparate, Nickel-

-, Sprekmalz-

Katalog, nebst Engros-Breitliste ver-

gratist und franco.

H. Krell, Magdeburg 18

Uhren en gros — Export.

Carl Roland, Berlin SO.

Kottbusserstrasse 4. 15

Java-Deckblatt (Spada), blätter-

weisser Brand, Vollblatt, äußerst

deckfähig, pro Pfund nur M. 2.70.

Domingo, alte, blättrige, trockene

Ware, pro Pfund nur M. 1.20.

hat er nun aber vielleicht die fälschliche militärische Oberleitung gehabt, vom Rathaus aus den Kampf dirigiert? Warum, so könnten wir einvernehmen, hat man ihn dann nicht, nachdem der Oberleutnant Heinze gefangen worden war, offiziell zum Kommandanten ernannt, sondern den Ehrfurchter Stephen Born? Aber hören wir nun einmal Born selbst über Batumus Rolle, dessen Zeugnis wir für die Beurteilung der Frage von ausschlaggebender Bedeutung haben. Born schreibt in seinen "Erinnerungen eines Soldat und Bürger": "Ich darf nicht vergessen, eine Persönlichkeit zu erzählen, die ich im Rathaus antrof, ... es war Michael Batumus, der überall dabei jetzt mußte, und hier, wie wahrscheinlich an allen andern Orten, wo nicht das Wort, sondern das Schubert entschied, sehr überflüssig war." Nur zu Unrecht, sagt Born, schreibe man ihm eine solche Rolle zu. "Ich habe nur soviel bemerkt, daß er den Mitgliedern der provisorischen Regierung, die im Rathaus amtierten, sehr unbequem war, indem er in alles dreinredete und alles von ganz falschen Geschichtspunkten aus angebauten, immerhin aber nur stodtrüfflichen ambulanten Revolutionärs nach Born. "Dieser Kunde," fährt Born fort, "der absolut kein Kuge, leitete Eins für die wirtschaftlichen Verhältnisse hatte, unter denen er in Deutschland lebte, hat natürlich auf in Dresden nicht den geringsten Einfluß auf den Gang der Dinge gehabt. Er ob und traut und schief im Rathaus, und das war alles. Er hatte auch wirklich Glück in Dingen der Selbstverhüllung. Als die Nacht angebrochen, meldete man mir, daß ein Butterhäder dem Oberkommando einen Kuchen und zwei Glaschen Wein gesandt habe. "Ein herrlicher Mensch!" rief er aus, "dem wird der Himmel seine Ecke für die Hungrieren gehören!" ob und traut, legte sich dann auf eine bereit gehaltene Matratze hin und schliefte, während ich mit Leubner (einem Mitglied der provisorischen Regierung) über die Sorge des kommenden Tages mit besprach und wir beide in der Erwartung der kommenden Dinge kein Auge schlossen." Was scheint das zu Batumus Charakter zu stimmen.

realen Verhältnisse beurteilte, wie sehr verhüten keine Unklüppungen von denen der jährländchen Maifämpfer waren. Er zog Born beiseite und rebete ihm zu, sein Heer nach Böhmen zu führen. „Sie sind wohl toll?“ rief Born ihm erzürnt zu, „nach Böhmen sollen wir, zu ihren Freunden, den Gedien, die schon längst in den Dienst der Reaction getreten sind!“ — „Man würde sich mit offenen Armen annehmen.“ entgegnete Bafunin. — „Man würde über uns herfallen und an die österreichische Regierung ausliefern,“ entwidete Born, der die Lage richtig beurteilte und zog ab.

Borum so könnten wir hier wieder fragen, warum verhinderte Bafunin, der doch den jährländchen Oberbefehl hatte — nach Stettin! — hier nicht die Auflösung des Heeres?

Diese Darstellung irrt ferner darin, daß Born seit Heubner und Bafunin dann zu Bagen nach Freiberg geführt seien. Die ganze jährländchen Born und Bafunin gingen vielmehr ebenso wie die Auflösung des Heeres in Freiberg vor sich, worauf sich Heubner und Bafunin von da nach Chemnitz wandten, Born aber dort sein Heer entließ. Abficht Heubners und Borns war nämlich nicht geweijert, auf freiem Felde vor Dresden auf Böhmen's Erhebung zu warten, sondern Freiberg zu verbarrikadieren, und, auf daß Erzgebirge geflüchtet, weiteren Zugang von da und dem übrigen Sachsen erwartend, hier den verfolgenden Truppen ein neues Gefecht zu liefern. Sie standen davon ab, als sie die erbärmliche Stimmung des Bürgertums erkannten, und daher nicht unütz weitere Opfer bringen wollten. Beweis hierfür sind neben dem Zeugnis Borns ja mit ihm übrigen Berichte, gleichviel welcher Seite. Wir haben diese lokale Gestellung, die an sich wenig Wert haben mag, getroffen, um zu zeigen, daß in der Stettinischen Arbeit über den Partien, die spätere Abschritte von Bafunin & Leben Jählern, und die von größerem Interesse, gegenwärtig auch größerer Wichtigkeit sind, dieser Abschnitt offenbar etwas berücksichtigt worden ist.*

Gothaus in Hemm' von mutig gewordenen Spießbürger verhaftet.

Alles in allem: Baturin hat beim Dresdner Prozess aufstand weder eine wichtig e Rolle gespielt, noch ihm geleitet. Ein Urteil über seinen Mut soll damit nicht ausgesprochen werden. Es soll durchaus nicht bestritten werden, daß er sich während der Meitage öfterst mutig und faltblütig gezeigt hat. Spricht doch dafür der Umstand, daß er auf die Nachricht vom Ausbruch des Aufstandes hin sofort auf den Kampfplatz eilte. Die historische Gerechtigkeit erfordert jedoch, daß die Gerüchte, die über seine Rolle in Sachsen in Umlauf sind, auf ihr richtiges Maß zurückgeführt werden. Darin liegt feineswegs eine Begehrung Baturins. Es ist vielmehr ein Urteil der Gerechtigkeit den wahren Führer der Maikämpfe, vor allem Borodino gegenüber, dessen historische Rolle, momentan in Sachsen, nicht unterschätzt werden sollte — wie Mehring in seiner Kritik gezeigt hat. Nebenhaupt dürfte sich bei einer genauen Untersuchung die Stellung der sächsischen Demokratie und ihrer Beziehungen zum Proletariat in jener Zeit manches Neberrätsel ergeben, das auch für die Geschichte der Sozialdemokratie nicht ohne Interesse sein dürfte.

2

Bildungsarbeiten

Zu einem Zitat führt in Gräb über die Bedeutung der Bildungsarbeit für den Geist der Arbeit u. a. aus: „Bildung hängt nicht davon ab, daß man ein großes Quantum von Gewinnen angehäuft hat. Ich kann sehr gefährte Herren, die ich nicht gebüßt nennen möchte.“

umzugehen. Bücher sind nicht da, um alle gelesen zu werden. Der vor einiger Zeit verstorbenen Schriftsteller Kurt Harde, der eine Riesenbibliothek gehabt hatte, wurde einmal gefragt: "So, haben Sie denn daß alles gelesen?" Er antwortete: "Bücher sind ja nicht da zum Lesen, sondern um befragt zu werden." Das ist etwas sehr Wichtiges. Und diejenigen, die dazu berufen sind, müssen auf die Arbeit

es sind Spezialisten, die ein großes Quantum von Sachen in ihrem Gedächtnis angehäuft haben, die aber beim Zusammenhang zwischen dem persönlichen Leben und dem Leben der Menschheit niemals hergestellt haben. Die Erfahrung des Zusammenhangs meines persönlichen Lebens mit der Welt mit dem Leben der Menschheit muß durch die Erfahrung seiner Arbeit, durch die Würde des Arbeiters, dann weiter durch die Würde, die Funktion, die ihm obliegt, vor dem ganzen Kollektiv auszuüben, erbracht werden — dann haben wir, was wir sagen, wir wollen Bildung unter die Arbeiter bringen. Heißt das, wir wollen ihnen ein Quantum ökonomischer oder chemischer oder statistischer Kenntnisse überbringen? Das ist ja alles gewiß sehr nützlich für sie. Aber meine Sicht ist, wir wollen ihnen ein Quantum ökonomischer, oder chemischer oder statistischer Kenntnisse überbringen, um sie, zum klassenbewußtsein zu formen, das heißt für den Arbeiter, sich zu erkennt als ein Glied der Arbeiterklasse, sich selbst aus der Isolierung aus der Einigkeit herauszureißen, der der ungebildete Arbeiter nicht gemäß verfügt. Der indifferente, der unaufgklärte Arbeiter steht auf dem Standpunkt, daß sein Schicksal ein persönliches ist, daß es ein Glücksschlag ist, wenn es dem einen gut geht, im daß er nur Reichtum hat, weil es ihm schlecht geht. Das es nicht sein Reichtum ist, als armer Teufel geboren worden zu sein und daß es ja der Auf der Welt sei, daß es reiche Leute und arme Teufel gibt. Was wir als erste Erfahrung mit den Massen der Arbeiterschaft zu tragen haben, ist das Gefühl, daß ihr Schicksal nicht ein einzelnes, ein individuelles ist, sondern daß sie ein KlassenSchicksal tragen, um daß dieses Schicksal der Arbeiterklasse wieder nicht einem auffälligen, sondern ein geschichtlicher Zusammenhang in der großen Geschichte der Menschheit. Dieser Gedanke geht auf, ist notwendig ein wichtiges Durchdringen der Menschheitsgeschichte und ein Erfassen der Vorgänge unserer Klasse fühle und zu der Erfahrung gelange, daß schließlich das Produkt des Schicksals seiner Klasse ist und seine Pflicht es ist, die Pflichten, die ihm die Geschichte gegenüber seiner Klassengenossen auferlegt, zu erfassen und zu erfüllen.

in diesem Sinne eintraten.

Es ist kein Zweifel, daß wir feincrassit, als wir auf den politischen Schauspielsch traten und in den Kämpfen, unsern jungen Leutern zu wenig Bildung mit in den Kampf gegeben hatten. Wir haben ihnen ganz einfach Gebefht und Patronatsch in die Hand gegeben und sie ins Feuer geschickt, aber eigentlich abgerichtet haben wir sie nicht. Wir haben aber auch noch heute eine Menge Leute, die sich mit gutem Rechte Sozialdemokraten nennen und mit ganzem Herzen Sozialdemokraten sind, die für die Partei und für die Sache durchs Feuer gehen, denen aber das eigentliche Wissen, die eigentliche sozialdemokratische Bildung fehlt, die die Arbeit des Tages nicht mit dem eigentlichen Kampf und Zielen der Partei in Zusammenhang bringen können. Sie wissen sehr gut, daß ich diese nicht vielleicht im Tone des Vorwurfs sage. Ich bin doch in dieser Sache so viel schuld über so wenig Schuld wie jeder andere von uns. Schuld waren die Verhältnisse, die nicht von uns geschaffen wurden, die es aber erfordert oder unmöglich gemacht haben, alle unsere Kämpfer mit der Bildung zu erfüllen. Vor allem ist es die Arbeit des Tages — habe spreche ich gar nicht von der Arbeit der Werkstatt —, ich meine die politische und organisatorische Arbeit des Tages, die so viele Kräfte abfordert, daß es schwer ist, noch so viel Zeit und Kraft zu gebrauchen, um zu lernen. Und doch ist es unbedingt notwendig, sonst gehen wir zu Grunde.

Wir führen mit großer Genugtuung sagen, daß die Arbeiterbewegung seit längst Jahren viel erreicht hat. Das, was wir getragen sind, sind wir geworden trotz der Unzufriedenheit mancher einzelner unter uns. Und es wird weiter vorwärts gehen, das wir Bürger uns der Kampfesmut und der Bildungsdrang, die in unseren Reihen vorhanden sind. Zu unserem Glück und zu meiner großen Befriedigung hat der Bildungsdrang nicht abgenommen sondern zugenommen, und es ist für mich ein Gegenstand fortwährender Erhebung, zu sehen, wie eine große Anzahl von Leuten diese Bildungsarbeit mit dem größten Ernst, mit jugendlichem Enthusiasmus in die Hände nehmen und im Zusammenhang mit ihr die Ausbildung unserer Jugend. Die Entwicklung der Jugendorganisation und die Bildung ist eine der erfreulichsten Tatsachen. Es gibt gute Tage und es gibt schlimme Tage in unserer Partei. Aber über keine Prügel verträgt und milds wird, weil es einmal nicht so ging, wie man gehofft hatte, der ist kein sozialdemokrat. Sagt wissen heute sehr genau, daß Lebe Politik, die nicht auf dem Wissen der Arbeiterklasse beruht, die nicht getragen wird von dem Partei politischen Mitteln der Arbeiterklasse, ergablos werden muß. Wir wissen, daß jedes Wissen, welches nicht von politischen Mitteln besteht ist und nicht das Resultat ergibt den Zippert an die äußerste Energie des Einzelnen seiner Classe, mit allen, was in ihm ist, daß ein solches Wissen leer ist. Heute im soß die Arbeiterkraft eine ganze Reihe von Dingen unseres Organismus; wir haben gesellschaftliche, politische und gesellschaftliche Organisationen, wir haben Organisationen, die mit der Kunst zu tun haben, in allen ihren Formen. Eine Kette von Bildung erstreckt da. Das Große unserer Bewegung ist ja, und darin zeigt sich ja ihre Kraft, daß sie noch und nach den ganzen Menschen in allen seinen Bedürfnissen erfaßt, und das leidet unsere Partei vor jeder anderen auf. Ich sage Ihnen, Sozialdemokrat zu sein, das ist eine Beschämung, daß ich einen Beruf der einen lebe Minute im Tage von früh bis in die Nacht gefangen nimmt. Er hat immer etwas aufzunehmen, immer was

Stungen auch zu der Sache äußern sollen. Ferner erwidert er, daß das Kartell die Taktik, die es eingeschlagen habe, für die erfolgreichste halte. Auch sei es dem Kartell bis dato noch nicht bekannt, was für eine Mischauslaste die Christlichen zusammengestellt hätten. Nicht aus Furcht oder aus Mangel an Material gegen die Christen habe das Kartell mit dem Angriff gewarnt, der jetzt doch nach Aussicht der Listen in der kommenden Woche in der Düsselstadt beginne. Zu der Wahl der Agitationkommission gibt Kollege Koch noch Erläuterungen von der Gaulenferenz. Die Wahl derselben wurde über auf Antrag des Kollegen Künzis bis zur nächsten Mitgliederversammlung verschoben, da der Besuch der heutigen ein sehr schlechter ist. Zum Punkt "Volksfürsorge" erhielt Kollege Weißgerer das Wort. Er führt in einem kurzen Vortrag den Mitgliedern die großen Vorteile der "Volksfürsorge" gegenüber den Privatversicherungsgesellschaften vor Augen und verweist diejenigen, die gewollt sind, sich und ihre Familienangehörigen zu verschern, auf die "Volksfürsorge". Nicht allein als Massenbewußte Arbeitnehmer, sondern auch, wenn man Egolf sei, sei es am Vorteilhaftesten, die "Volksfürsorge" anderen Versicherungsgesellschaften vorzuziehen. Im Punkt Verschiedenes teilt Kollege Koch mit, daß der Wirt Kollege Eßlinger wieder weiterzählte, wodurch der Beschluß der letzten Versammlung illusorisch gemacht ist. Auf Antrag des Kollegen Künzis wurden dem Kartell 50 M aus der Losfallsumme für die Agitation der Ortsräte und Kassenwohl übertragen. Kollege Kraus äußert sich über die Ursache der Erfolglosigkeit bei der letzten Haushaltung, die hier stattgefunden hat. Er halte es für zweckmäßig, vorerst auf eine Agitation zu verzichten, um die innere Organisation besser zu festigen und auch die Mitgliederversammlungen reichhaltiger zu gestalten. Der Vorsitzende verspricht, diesen Wünschen Rechnung zu tragen. Auf Anregung des Kassierers wurde nach längeren Beratungen die Verwaltung beauftragt, von jetzt ab bei Krankheitssäulen betreffs Anmeldung strikt nach dem Statut zu verfahren.

Treßurt. Am 7. Dezember fand in unserer Zahlstelle eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom letzten Quartal; 2. Wahl der Ortsverwaltung; 3. Abrechnung vom letzten Vergnügen; 4. Verschiedenes. Die Abrechnung ergab an Einnahme 988,66 M, eine Ausgabe von 866,22 M; mit hin verbleibt ein Kassenstand von 12,34 M. Nachdem auf Antrag des Kollegen Mann den Kassierer entlastet war, wurde die Wahl der Ortsverwaltung vorgenommen, welche folgendes Resultat ergab: Gewählt wurde als 1. Bevollmächtigter der Kollege Gottlieb Roth, als 2. Erb-Fischer, als 3. Gerhard Koop, als Revisoren die Kollegin Trautmann und Kollege Mann. Die Abrechnung von unsern letzten Vergnügen ergab einen Überschuss von 8,80 M, welcher der Volkskasse zugute kommt. Zum letzten Punkt der Tagesordnung, Verschiedenes, ermahnt der Kollege Fischer die Kollegen, die alten Rechte zu begleichen und beantragt zugleich, am 2. Weihnachtstag ein Tanzvergnügen zu veranstalten, was von der Versammlung angenommen wird.

Seesen. Am 18. Dezember fand die sogenannte Monatsversammlung statt mit folgender Tagesordnung: 1. Vortrag des Gauleiters Wohlgemuth über die Arbeiterverhältnisse in Australien; 2. Delegiertenwahl; 3. Verschiedenes. Beim Punkt 1 der Tagesordnung erläuterte Kollege Vorag den Mitgliedern die Zustände in Australien, insbesondere schlägt er die Arbeitsverhältnisse der dortigen Tabakindustrie, auch das dort übliche Schiedsgericht in Lohn- und Arbeitsangelegenheiten, wurde vom Rezenteren besprochen. Da keiner die Verhältnisse aus persönlicher Erfahrung infolge langjährigen Aufenthalts in Australien kennt, war er in der Lage, seinen Vortrag interessant zu gestalten und uns einen lehr- und genügsamen Abend zu verschaffen. Söder war die Versammlung nicht gut besucht. Bedenkerswert ist, daß die Kollegen von Seesen so wenig Interesse haben an ihren Vergnügen; anstatt ihre Versammlungen zu besuchen und sich über die Angelegenheiten der Tabakarbeiter auszusprechen, bleiben sie lieber zu Hause sitzen, oder stellen sich an die Straßenecken hin und diskutieren. Als Delegierte zum Gewerkschaftsrat wurden die Kollegen Krothe, Koch und Herbst gewählt. Unter Verschiedenem verlas der Kassierer Koch die Abrechnung vom Vergnügen; die Einnahme betrug 122 M, die Ausgabe 149,80 M, so daß ein Defizit bleibt von 27,80 M. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Unterstenden auf, dorthin zu streben, daß die Versammlungen in Zukunft besser besucht werden.

Frankfurt a. O. Die Situation im Tabakgewerbe ist keine rosig zu nennen. Arbeitsgelegenheit ist fast gar nicht vorhanden.

Vor 15, 20 Jahren war noch eine große Anzahl von Betrieben am Orte. Seit 1878 sind viele Betriebe verschwunden, so die Zigarrenfabrik von Neumann, Milchak Kannow, Intemann & Heitkötter, Schauweder, Schneller, Klamm, Boraich, Richard Dreher, Löw, und in neuerer Zeit durch Fallissement die große Fabrik von Heinrich, welche gegen 100 nichtorganisierte Arbeitnehmer beschäftigte. Dies war für die Organisierten ein harter Schlag. Die wenigen Fabriken — neue, hebendende Fabriken sind nicht entstanden — werden von den Weiblichen überschwemmt, und sind die Männer, meist alte Arbeiter, gefährdet. Dass angesichts dieser Verhältnisse die Herren Fabrikanten den Provenienzpunkt herausnehmen, ist klar. Vor drei Jahren hat sich Herr Schmiedeck, welcher früher Reisender bei der Firma L. Jänicke war, selbstständig gemacht; er verstand es sehr gut, einige alte Arbeiter von Jänicke mit dem festen Versprechen, dieselben Löhne zu zahlen, in seinen Betrieb hinzuzuziehen. Es ging eine ganze Weile, bis der Herr auf festen Füßen stand; als sich aber viele weibliche Arbeiter fanden, die bei ihm um Arbeit anfragten, nahm der Herr einen anderen Standpunkt ein. Es gefiel ihm, für eine Sorte Zigarren 25 M abzuliehen zu wollen, was aber durch das feste Zusammenhalten der Kollegen und Kolleginnen abgeschlagen wurde. Später wurde die Kollegin, welche Haushalt gemacht hatte, wegen schlechter Arbeit entlassen. Auch unter 1. Bevollmächtigter, Kollege Strebel, mußte die Praktiken des Herrn kennen lernen. Er soll „Saararbeit“ gemacht haben und wurde entlassen. Natürlich war das nur Ausrede, denn St. ist ein gewissenhafter Arbeiter. Wie sich später herausstellte, sollte es wegen Platzmangels und, weil St. sich dem Druck des Meisters nicht fügen wollte, geschehen sein. Vor einigen Tagen hat Herr Schmiedeck wieder versucht, auf eine Sorte Zigarren (Holländer) 10 M abzuziehen und statt 45 M pro 100 nur 35 M zu zahlen. Als die Kollegen vorstellig wurden, hat der Herr einen provokanten Ton angeschlagen, indem er drohte, das ganze Pad hinzuzuwenden und sich seine Ware zu kaufen. Der Herr hat schnell vergessen, daß er auch Arbeiter war, wenn auch gegen Gehalt, und sein gegebenes Versprechen, nichts abzuziehen, auf diese Art gehalten hat. Kollegen und Kolleginnen! So steht es hier aus! Wir männlichen Kollegen stehen auf dem Aussterbeplatze. So ist es jetzt Aufgabe der weiblichen Kollegen, sich aufzuhüften, sich zu organisieren! Loset den Tabakarbeiter! Da kann ihr euch über eure Tage ausstören, euch bilden, um später die Flügel der Organisation in die Hand zu nehmen. Die hier dargelegte Situation kann aber gemildert werden durch festes Zusammenhalten der Kollegen und Kolleginnen; dann werden wir alle Praktiken der Fabrikanten, so wie unsere Lage verschlechtern, abzuschlagen können. Darum, Kollegen und Kolleginnen, auf die Schanzen! Pflegt die Solidarität und seid einig, einig, einig!

Gauagitation in Wansen in Schlesien (Gau 12). Wansen, ein Siedlungsgebiet mit 3000 Einwohnern, von denen 800 Tabakarbeiter sind. Von diesen sind beschäftigt bei der Firma Neumann 400, bei Arthur Deter 200. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind bei beiden Firmen so schlecht, daß es bei den gegenwärtigen Lebensmittelpreisen für diese Tabakarbeiter bald unmöglich ist, ein halbwegs anständiges Leben, namentlich wenn sie Familien haben, zu führen. Um schlechtesten aber ist es bei der Firma Deter. Durch die Verarbeitung von schlechtem Material werden die Arbeiter daran gehindert, genügend fertig zu stellen. Die Löhne sind bei Deter noch niedriger als bei der Firma Neumann, trotzdem dieselben auch dort noch einmal bedeutend verbessert werden müssen. Es kann behauptet werden, daß neun Zehntel der Wansener Tabakarbeiter 10 M und darunter verdienen, pro Woche gerechnet. Da es aber nicht so weiter geht und nur durch die Organisation bessere Verhältnisse geschaffen werden können, so wurde bei der im November stattgefundenen allgemeinen Agitation im Gau 12 be-

sonders Wansen einmal richtig bearbeitet. Die Agitation hatte die Zahlstelle Brieg, von der einige Kollegen beauftragt worden sind, mit Hilfe einiger Wansener Kollegen übernommen. Deren Aufgabe sollte es sein, zu den 60 Mitgliedern des Verbandes neue hinzuzumachen. Über das Resultat, das dort erzielt worden ist, sind selbst die Agitatoren nicht zufrieden. Die ersten beiden Sonntage schien es so, als wenn ein Teil jener Tabakarbeiter, die besucht worden sind, Mitglieder werden wollten; am ersten Sonntag wurden 6 und am zweiten 5 Mitglieder gewonnen. Und am dritten und vierten Sonntag war es so, als wenn sich alle Kollegen und Kolleginnen besprochen hätten, nie mehr Mitglieder unserer Verbandes zu werden. Zu bemerken ist, daß die Zahlstelle Wansen schon über 300 Mitglieder hatte. Alle kamen mit dem Ausdruck: „In Wansen hat es keinen Sinn, denn die Kollegen und Kolleginnen halten nicht zusammen“. Sie streiten auch nicht, daß sie früher, als ziemlich alle organisiert waren, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse hatten. Bloß organisierten wollen sie sich nicht. Sie sind auch nicht gern bereit, einzutreten. Das waren Fälle, wo es den Agitatoren noch gut gegangen ist und sie noch mit Lust und Liebe den Leuten alles erklärt haben. In verschiedenen Wohnungen wurden die Agitatoren mit Schimpfwörtern bedacht und wurde ihnen die Lüre gewiesen oder ihnen dieselbe vor der Nase zugeschlossen. Wenn man sich weiter über die Verhältnisse und Löhne orientiert hat, so muß man ohne weiteres zugestehen müssen, daß es wohl keinen Ort gibt, wo die Tabakarbeiter noch schlechter stehen, wie in Wansen. Wochenlöhne von 6, 7, 8 M sind keine Seltenheit. Mann und Frau verdienen in vielen Fällen zusammen 12, 13, 14 M pro Woche; und da haben sie zum größten Teil doch ein vollständig verschwindet. Wenn man nun sieht: auf der einen Seite die traurigen Zustände der Arbeiter und auf der andern erfährt, welch ein ungeheures Kapital die Herren Fabrikbesitzer anhaufen, so muß sich doch jeder denkende Mensch sagen: Wie ist es möglich, mir und meiner Familie auch einmal eine bessere Existenz zu verschaffen? Der Fabrikant wird nicht kommen und sagen: Ich sehe, daß es euch schlecht geht, ich werde euch mehr Lohn geben. Nein, das machen sie nicht. Die Arbeiter müssen geschlossen dastehen und bessere Lohnverhältnisse verlangen. Kollegen und Kolleginnen! Dazu werden sie nicht eher imstande sein, als bis auch der letzte Kollege und die letzte Kollegin den schon Organisierten als Mitglied des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes zur Seite steht. Nur mit Hilfe des Verbandes kann die Existenzfähigkeit der Wansener Tabakarbeiter auf eine höhere Stufe gebracht werden!

Verbandsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Haußenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 82. — Telefon Nr. 8046.

Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Anschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Haußenstr. 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 82, zu adressieren.

Geld-, Einschreib- und Wertungsamt nur an W. Nieder-Wallau, Bremen, Haußenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 82. — Bankkonto, bei der Bankstelle der Groß-Auktions-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg. Postkonto Nr. 5349 beim Postschreinat in Hamburg.

Für die Expedition bestimmte Anschriften sind an Johs. Krohn, Bremen, Haußenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 82, zu adressieren.

Für die Redaktion bestimmte Anschriften sind an Gustav Mündorf, Bremen, Haußenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 82, zu adressieren.

Für den Ausschuß bestimmte Anschriften sind an Emil Gille, Altona-Ditzen, Friedensallee 48, zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Ausgeschlossen noch § 19 a: Luckenwalde: Der Zigarettenmacher Oskar Heberomik aus Potsdam, geb. 28. 1. 1868, einget. am 14. 8. 1911. Buch S II 90 688. Nr. 3.

Heberomik erhält in Luckenwalde eine Wanderkarte. Diese hat er gefälscht und noch den bisherigen Feststellungen für 12 Tage 27 M Unterstützung zu Unrecht erhalten. Wir erläutern, den Ausenten von § 1 umgehend mitzuteilen. S. 2429. I. § 18.

Als verloren gemeldet: Das-Mitgliedsbuch S. II. 18 143, lautend auf Karl Frese, geb. 19. 9. 1854 in Brandenbaum, einget. am 8. 10. 1905. Im Vorausgängen ist das Buch einzutragen und an den Vorstand einzusenden. (S. 2889. 100.)

Der Vorstand.

Adressen der Bevollmächtigten.

Warendorf (4): H. Frohme, Osnabrückerstr. 24.

Waldheim: 2. Bef. Arthur Grundmann, Hörderstr. 6 pt.

Walsheim: Das Bureau Hörderstr. 6 pt. ist bis auf weiteres geöffnet von Dienstag bis Freitag, abends von 7 bis 8 Uhr und Sonnabends, nachmittags von 1/4 bis 6 Uhr.

Arbeitsnachweise.

Die Bureaus befinden sich:

Für den Gau Hamburg:

Astoua: Gottlieb Ostertag, Bureau: Einschüttelstraße 10.

Für Bremen:

Bremen: Heinrich Böckamp, Haußenstr. 58/60 I. Zimmer 13. Sprechstunden: 8 1/2 bis 10 1/2 vormittags und 7 bis 8 Uhr abends.

Für den Gau Braunschweig:

Braunschweig: Ernst Sparläse, Gabelsbergerstr. 4 p. Sprechstunde: Montags von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 6 bis 7 Uhr abends. Sonntags von 10 bis 12 Uhr vormittags. Auch erhalten Bureaustadt dort Arbeitslosenunterstützung.

Für den Gau Nordhausen:

Nordhausen: Verbandsbureau: Wölfestraße 14.

Für den Gau Hörde:

Hörde: Ludwig Klein, Heinrichstraße 27 III.

Für den Gau Frankfurt a. M.:

Frankfurt a. M.: Franz Schnell, Gneisenaustr. 113 II.

Für den Gau Offenbach:

Offenbach: Georg Durban, Wegelerstr. 16 II.

Für den Gau Heidelberg:

Heidelberg: Gauleiter Chr. Stodt, Kaisersstr. 57, 5th.

Mannheim: Ferd. Dahms, H. d. Nr. 22.

Für den Gau Karlsruhe:

Karlsruhe: Ad. Heising, Werderstraße 95, pt.

Für den Gau Erfurt:

Erfurt: Anton Fischer, Orlaerstraße 28.

Für den Gau Bremen:

Bremen: 7 bis 8 Uhr abends. Sonnabends von 11 bis 1 Uhr nach-

Für den Gau Dresden:

Dresden-N.: Oskar Dommer, Münchenerstr. 211, Zimmer 84. Für Sortierer: Walter Rohr, Borsigstr. 10, Sprechst. 12-1 Uhr mittags und 6-7 Uhr abends; an Sonnabenden nur 8-9 Uhr nachmittags.

Für den Gau Bremen:

Bremen: Wilhelm Schäffer, Gewerkschaftshaus, Margarethenstraße 17 II, Zimmer 89.

Für den Gau Berlin:

Berlin: Wilhelm Tschuschner, Berlin. Bureau: Dragonerstraße 6, vorn. II. Et. Sprechst. 8-10 Uhr.

Alle Arbeitsuchenden, sowie Haushälter, die in den Bezirken dieser Arbeitsnachweise wohnen, wollen sich nur an vorstehende Adressen wenden.

Arbeitsnachweis für Sortierer und Kistenbinder

Bremen: Otto Hemprich, Hohenstr. 59, Selterhaus 1.

Höhenheide: Ost. Schäffer, Borsigstr. 48.

Brieg: Auskunft in Arbeitsangelegenheiten für Sortierer erfordert Carl Saalke, Neuhäuserstr. 66.

Altenburg (S.-A.): Ernst Klemm, Jungferngasse 68 II.

Berlin: Otto Kramer, Berlin NO. 56, Greifswalderstr. 196.

Erfurt: Otto Eisrich, Kleiststr. 18 pt.

Apolda: Edm. Döring, Buttstädtstr. 41.

Wittweida: Walter Krause, Steinweg 79.

Treßurt a. Werra und Schlemauhausen: W. Lamps, Treßurt an der Werra.

Emmendingen: Karl Kienle, Mundingerstr. 84.

Arbeitsangebote.

1 bis 5 tüchtige Weidemacher, Lohn 4 bis 10 M bei freier Zurichtung. Nachzufragen beim Arbeitsnachweis: Erfurt, Anton Fischer, Orlaerstraße 28.

1 tüchtiger Kautabakspinner, möglichst unverheiratet, für eine Stadt in Norddeutschland. Nachzufragen beim Arbeitsnachweis: Altona, Gottlieb Ostertag, Einschüttelstraße 10.

Statistik für das Kaiserliche Statistische Amt.

An die Gauleiter!

Trotz der vielen Hinweise auf die Wichtigkeit der statistischen Angaben halten eine Reihe Bevollmächtigter es immer noch nicht für nötig, diese Angaben zu machen oder schicken die Statistiken so spät ein, daß sie nicht mehr mit berücksichtigt werden können.

Es ist überflüssig, wenn lärmige Zahlstellen nach dem Veröffentlichung noch Karten einsenden, da diese nicht mehr verwendbar werden können.

Wir ersuchen nun dringend die Gauleiter, die Bevollmächtigten ihres Gau's über die Wichtigkeit der Statistik aufzuklären und sie zur pünktlichen Einsendung der Angaben anzuhalten.

Von folgenden Zahlstellen ging für den Monat November keine Angabe ein:

Horrend preiswerte Sumatra-Decken:

Gebrauchte Wickelformen

Riesenauswahl,
moderne Fassons,
billige Preise

nos

Verlangen Sie Musterbogen!

	verz.		verz.
No. 1990. Vollblatt 8. Länge.....	Mk. 1.60	No. 2003. Vollblatt 1. Länge.....	Mk. 2.45
No. 1997. Vollblatt 8. Länge.....	" 2.—	No. 1984. Vollblatt 2. Länge.....	" 2.50
No. 1946. Vollblatt 2. Länge.....	" 2.10	No. 2000. Vollblatt 2. Länge.....	" 2.60
No. 1902. Vollblatt 2. Länge.....	" 2.40	No. 1947. Vollblatt 2. Länge.....	" 2.70

nur helle edle Qualitätstabake mit schneeweißem Brand und grosser Deckkraft!

Java-Umblatt:

No. 1974. Vollblatt 8. Länge, leicht Mk. 1.85 verz.

Java-Einlage:

No. 1889. Trocken, leicht Mk. 0.90 verz.

Holländer:

No. 2012. Sandgut-Umblatt, riesig
blattig, zart, guter Blattbrand,
Mk. 1.10 verst.



Neue Wickelformen
zu Original-Fabrik-preisen
Alle Fabrikations - Utensilien
Fordern Sie Kataloge!

Heinrich Franck

Berlin N 54, Brunnenstr. 22 Gegründet 1879

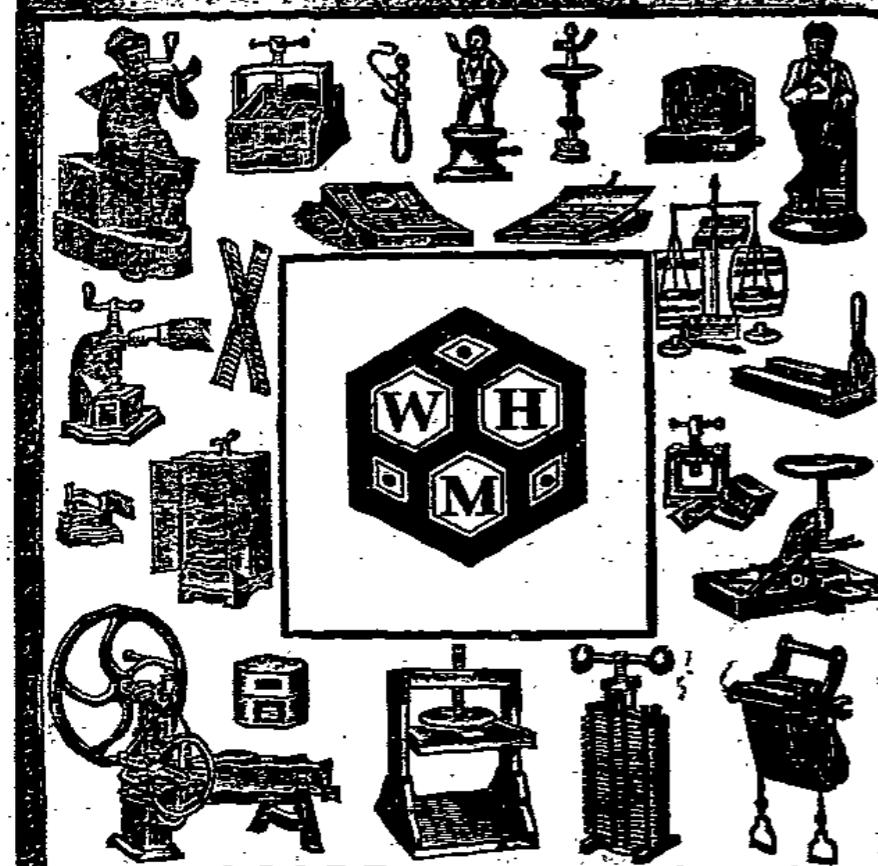
Hermeking & Boy

Berlin, Brunnenstrasse 183

Versuchen Sie im eigenen Interesse unsere ganz vorzüglichsten
Sumatra - Vollblatt - Decken
in den Preislagen von 230 bis 700 Pf. pro Pfund verzollt,
wenn Sie uns genaue Wünsche angeben, erhalten Sie einzelne
gefuechtete Typen gratis zugesandt.

Wir unterhalten auch grosses Lager in allen Arten

Umblatt- u. Einlage-Tabaken
und bitten, bei Bedarf unsere Offerten einzufordern.
Gebrauchte Wickelformen und
Utensilien stets am Lager.



Wickelformenpressen von M. 7.75 an.
Pressbänder, unverwüstlich, per St. 70.—
Rollbretter per Stück von M. 1.50 an.
Arbeitsmesser à 25.— Traganth per
Pfd. M. 1.10, Amlac per Pfd. M. 1.75, Bün-
delband per 50 m 45.—

Gebrauchte Formen von 20 Piennig per Stück an.

Tüllen und Tüllmaschinen.

Röndelmaschinen, bewährte Modelle. Mk. 1.25.

Presskästen von M. — 30 per Stück an. Einschlag-
papier, Etiketten in vielen Sorten.

G. Hermann Müller, Berlin
Magazinstr. Nr. 14

Erstes Spezialhaus für Cigarrenfabrikations - Utensilien
Illustrierte Kataloge gratis und franko.

H. Edling

Bremen, Fernspr. 5482
— anerkannt reelle, billige —
Bezugsquelle sämtlicher Tabake
empfiehlt
Sumatra - Decker (höherer
Brand) 180, 200, 220, 240, 260,
280, 300, 310, 320, 340,
400, 420, 450, 500.—
Sumatra-Umblatt (Vollblatt) 140,
150, 160, 170.—
Stückblatt 180,
140, 150.—
Java-Decker (hell) 270, 280, 300,
350.—, (mittel) 200, 230, 240,
250.—
Java-Umblatt (leicht, flottbrennend)
120, 125, 130, 140, 150, 160, 170.—
Java-Einlage 95, 100, 105, 110,
115.—
Vorstenland-Decker 180, 200, 230,
240, 260, 270, 300, 320, 350.—
Brasil-Decker 170, 180, 200, 220,
230, 240.—
Brasil-Einlage u. Umblatt 120,
125, 130, 135, 140, 150, 160,
170.—
Geschnittene Einlage 110.—
Carmen-Umblatt 105, 110, 120,
130, allerfeinste Umblatt 140.—
Domingo (jehr leicht) 100, 105,
110, 120, 130.—
Seedleaf 110, 120.—
Lösogut (lichtig) 95, 100.—
Original-Niessing 105, 110, 120.—
Havana 150, 200, 250, 300, 400.—
Decker 650.—
Yara-Cuba (jauer) 180, 200, 250.—

August Durlacher

Mannheim 2, B. 7, 9
Alle Sorten Tabake verzollt
und versteuert inkl. Worts-
steuer. Reelle Bedienung.
Versand gegen Nachnahme.
mit 3% Skonto. Abgabe jeden
Quantums. Gr. Formenlager.

Achtung! Zigarren - Kleinfabrikation

Speziell für Kleinfabrikanten heraus-
gegebenen neuen Preiskurant ver-
senden gerne gratis und franko

Hengfoss & Haak, Altona - Ottensen.

Offriere dir. hundert Zentner gewischt fertige Zigaretteinlage

pro Pfund 95.— bei Abnahme von 100 Pfund 90.— M. Fronto
Zuführung. Hochseine Mischung zu 5% Zigaretten. M. Preisliste gratis
und pronto. Verband nur unter Nachnahme.

Bernhard R. Müller, Magdeburg, Fürstenwaldr. 9
Neustes Rohtabak-Geschäft der Provinz. — Gegr. 1886.

Besonders billige Offerte!

Java-Umblatt: Ajos Cc 1, leichter feiner
Bezoeki pro Pfd. M. 1.80

Vorstenland-Decke: Dlwo/C 2, schöner
ergiebiger Kehrroller pro Pfd. M. 1.50

Java-Einlage: Satren/B, feiner Qualitäts-
tabak, Ersatz für feinsten St. Felix pro Pfd. M. 1.—

Sumatra-Sandblatt: TTR Langkat/V 2,
mausgrau, allerfeinste Farben pro Pfd. M. 10.—

Wägener & Go. • Bremen.

Drucksachen

aller Art liefert schnell und billig
Schmalseldt & Co., Bremen.

Schweine-Stückenselch
(Rippchen, Rücken, Kopftücke,
Schauzen, Ohren, fleischige Beine)
frisch gesalzen, garantiert hiesige
Ware, 10 Pf. Roskotti M. 3.80,
Kübel mit 25 und 50 Pf. Inhalt
Pfund nur 32.—

Holsteiner Holländer Räse
säftig, kein Kunstprodukt, sondern
Naturware, netto 9 Pf. M. 3.95
ab hier unter Nachnahme.

Heinrich Krogmann
Nortorf (Holst.) Nr. 682b.

Borrmann & Specht
Rohtabak * Bremen

Preiswerte Bezugsquelle
aller Sorten ausländisch.
Tabake.

Wer Geld verdienen will, wer
Geld sparen will, mache einen
Versuch.

Versand nur gegen Nachnahme.

Weihnachtssachen
in jeder Größe vorrätig.

Gebäck
Leipzig 110.—
Begejz. 100.—
Halle a. S. 50.—